Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
30 (1916)

59 (10.3.1916)

urn:nbn:de:gbv:45:1-583683

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstringen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 26

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließl. Bestellgeld.

Mit einer wöchentlichen Unterhaltungs-Beilage.

Bei den Inseraten wird die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie bei Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 50 Pf.

50. Jahrgang. Rüstringen, Freitag den 10. März 1916. Nr. 59.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Portugal

4000 Franzosen gefangen und 10 Geschütze auf dem linken Maasufer erbeutet.

(W. T. B.) Berlin, 9. März. (Amtlich.) Der Kaiserliche Gesandte in Lissabon, Dr. Rosen, ist angewiesen, heute von der portugiesischen Regierung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer ausführlichen Erklärung der deutschen Regierung, seine Pässe zu verlangen. Dem hiesigen portugiesischen Gesandten, Dr. Sidonio Paes, sind heute ebenfalls seine Pässe zugestellt worden.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 8. März. (Oberste Heeresleitung.) Westlicher Kriegsschauplatz: Gegen die von uns zurückeroberte Stellung östlich des Gehöftes Maison de Champagne setzten die Franzosen am späten Abend zum Gegenangriff an. Am westlichen Flügel wird noch mit Handgranaten gekämpft. Sonst ist der Angriff glatt abgeschlagen. — Auf dem linken Maasufer wurden, um den Anschluß an unsere rechts des Flusses auf die Südhänge der Cote Talon, des Pfefferrückens und des Donaumont vorgeschobenen neuen Linien zu verbessern, die Stellungen des Feindes zu beiden Seiten des Forges-Baches unterhalb von Bethincourt in einer Breite von 6 und in einer Tiefe von mehr als 3 Kilometer gestürmt. Die Dörfer Forges und Regnieville, die Höhe des Raben- und St. Tumieres-Waldes sind in unserer Hand. Gegenstöße der Franzosen gegen die Südränder dieser Wälder fanden blutige Abweisung. Ein großer Teil der Besatzung der genommenen Stellungen kam um, ein unverwundeter Rest von 58 Offizieren, 3277 Mann wurden gefangen genommen. Außerdem sind zehn Geschütze und viel sonstiges Kriegsmaterial erbeutet. In der Woëvre wurde der Feind auch aus den letzten Häusern von Fresnes geworfen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen ist auf 11 Offiziere und über 700 Mann gestiegen, einige Maschinengewehre wurden erbeutet. — Unsere Flugzeuggeschwader bewarfen mit feindlichen Truppen belegte Ortschaften westlich von Verdun mit Bomben.

Oestlicher Kriegsschauplatz: An mehreren Stellen der Front wurden russische Teilangriffe abgewiesen. — Die Eisenbahnstrecke Ljachowitschi (südwestlich von Baranowitschi) — Luniniec, auf der starker Bahnverkehr beobachtet wurde, ist mit gutem Erfolge von unseren Fliegern angegriffen worden.

(W. T. B.)

Balkan-Kriegsschauplatz: Nichts Neues.

(W. T. B.) Wien, 8. März. Amtlich wird verlautbart: Russischer Kriegsschauplatz: An der Front der Armee des Generalobersten Erzherzog Joseph Ferdinand war auch gestern die Gefechtstätigkeit zeitweilig lebhafter. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz: Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Portugal und Deutschland.

Nachdem die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe beschlagnahmt hat, um sie englischen Schiffahrtsgesellschaften auszuliefern, und den Protest Deutschlands gegen ein solches völkerwidriges Verfahren nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat, war mit Sicherheit zu erwarten, daß mit der portugiesischen Regierung von Berlin aus deutlicher geredet werden würde. Wie die an der Spitze unseres Blattes befindliche Meldung besagt, bricht Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu Portugal ab. Ob diesem Vorgehen die Kriegserklärung folgen wird, steht noch aus. Ist auch nicht von so großer Bedeutung. Einmal kann Portugal die Reihen der Feinde Deutschlands nur unwesentlich verstärken, und selbst wenn es die Absicht hätte, seine Truppen auf irgend einen der Kriegsschauplätze zu senden, so würde es bei seinen durchaus verworrenen Zuständen im Innern, wo eine Militärrevolte die andere ablöst, dazu praktisch gar nicht in der Lage sein. Der Krieg der Großmächte wird durch das Eingreifen eines kleinen Staates wie Portugal nicht entschieden.

Noch wichtiger aber ist, daß das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Portugal seit vielen Monaten bereits ein sehr sonderbares gewesen ist, nämlich insofern, als portugiesische Truppen in den Kolonien gegen die deutsche Schutztruppe gekämpft haben, also eigentlich bereits eine Art Kriegszustand zwischen beiden Ländern bestand.

Natürlich bedauern wir, daß sich ein weiterer Staat in den Weltkrieg hineinziehen ließ, aber in der praktischen Bedeutung vermag man das wirklich nicht allzu tragisch zu nehmen. Der Zustand zwischen Portugal und Deutschland war ja doch nur noch dem Namen nach friedlich und die portugiesische Neutralität lediglich eine lose Fiktion. Bis zum letzten Schritt hat Portugal allerdings ziemlich lange gezögert. England forderte ja bekanntlich schon seit Beginn des Weltkrieges auf Grund eines alten englisch-portugiesischen Vertrages das Eingreifen Portugals gegen die Zentralmächte. Jetzt scheint der Druck Englands in Lissabon so stark geworden zu sein, daß man England zunächst die deutschen Dampfer auslieferte.

•

Die beschlagnahmten deutschen Dampfer in englischen Händen.

(W. T. B.) **Berlin**, 8. März. (Nichtamtlich.) Nach einer Meldung aus London werden die in portugiesischen Häfen aufgelegten deutschen Handelsdampfer nach Entfernung der deutschen Besatzungen von englischen Schiffahrtslinien in Betrieb genommen. Die Dampfer sollen für den Transport von Kohlen und Kriegsmaterial von England nach Italien und Saloniki verwendet werden. Die portugiesische Regierung hat die Dampfer für die Dauer des Krieges an eine große Lissaboner Firma verchartert, welche ihrerseits die Vercharterung an die englischen Linien vermittelt.

Zur Unbrauchbarmachung der Maschinen der beschlagnahmten deutschen Schiffe.

(W. T. B.) **London**, 6. März. Daily Telegraph meldet aus Madrid vom 3. März: Das Gerücht, daß die deutschen Schiffe, welche die portugiesische Regierung beschlagnahmt hat, durch die Mannschaften unbrauchbar gemacht worden seien, ist nur zum Teil richtig. 22 von 37 Schiffen sind absichtlich beschädigt worden. 16 sind unbrauchbar gemacht, da man Maschinenteile in den Tajo geworfen hat. Es ist eine dreimonatige Ausbesserungszeit erforderlich. Daily Telegraph meldet weiter, daß auf den beschlagnahmten Schiffen Petropolis, Hochkelt, Guayho und Colmar die Maschinen erheblich beschädigt sind.

Aus dem Westen.

Die Opfer in den besetzten Gebieten.

(W. T. B.) **Berlin**, 8. März. (Nichtamtlich.) Von den schweren Verlusten, die die Einwohnerschaft des von uns besetzten französischen und belgischen Gebiets durch das Artilleriefeuer und durch Bombenwürfe der eigenen Landsleute und der ihnen verbündeten Engländer fortgesetzt erleiden, legen die unten folgenden, auf sorgfältigster Zusammenstellung fußenden Zahlen beredtes Zeugnis ab. Im Monat Februar 1916 wurden getötet 8 Männer, 17 Frauen, 15 Kinder, zusammen 40 Personen; verwundet 20 Männer, 36 Frauen, 21 Kinder, zusammen 77 Personen, mithin Gesamtzahl der im besetzten Gebiet getöteten und verwundeten Landeseinwohner für Februar 1916 117 Personen (Januar 1916 133). Dau in der Zeit vom September 1915 bis zum Dezember 1915 insgesamt 793 Einwohner des im Westen besetzten Gebietes getötet oder verwundet wurden, so ergibt sich als Gesamtverlust an Landeseinwohnern, den Engländer, Franzosen und Belgier durch ihr Feuer verursacht haben, für den sechsmonatigen Zeitraum vom September 1915 bis einschließlich Februar 1916 die sehr beträchtliche Ziffer von 1043 Seelen. Sie bedarf keines weiteren Kommentars.

Engländer bei der Verteidigung Verduns.

Lugano, 8. März. Ein Telegramm aus London meldet, daß australische und canadische Truppen an der Verteidigung von Verdun teilnehmen. Von den Australiern steht eine Brigade Belagerungsartillerie dort.

Der französische Bericht.

(W. T. B.) **Paris**, 8. März. Amtlicher Bericht vom Dienstag abend: In den Argonnen schossen unsere Abwehrgeschütze in der Gegend von Abaucourt ein deutsches Flugzeug ab, das in unseren Linien niederfiel. Die beiden Flieger sind verwundet und zu Gefangenen gemacht. Westlich der Maas dauerte die Beschießung mit Granaten schweren Kalibers mit Heftigkeit an. Im Laufe des Tages vermehrte der Feind seine Infanterieunternehmungen zwischen Bethincourt und der Maas. Seine Angriffe wurden zurückgewiesen, außer im Abschnitt des Rabenwaldes, in dem der Feind Fuß fassen konnte. Oestlich der Maas dauerte der heftige Artilleriekampf in der Gegend des Gehölzes von Hardaumont an. Die Deutschen drangen in die Verschanzungen ein, aus denen sie unser Gegenangriff sofort wieder hinauswarf. In der Woëve-Ebene besetzte der Feind das Dorf Fresnes nach kurzem Kampf, der ihm beträchtliche Verluste verursachte. In den Vogesen beschossen wir das Lager bei Diffenbach (östlich von Mühlbach) und die Gräben des Feindes in der Gegend von Wattweiler.

Der englische Bericht.

(W. T. B.) **London**, 9. März. Das britische Hauptquartier meldet vom 8. März: Bei Grenay Kampf mit Minenwerfern, wobei wir einen feindlichen Schützengraben stark beschädigten. Der Feind brachte in der Nähe der Eisenbahn Ypern—Comines eine Mine zur Explosion, ohne Schaden anzurichten. Wir brachten östlich von Lavantie eine Mine zur Explosion und behinderten dadurch die Minenarbeiten des Feindes. Der Feind beschoß unsere Stellungen östlich Vermelles.

Vom Seekrieg.

Ueberfällige Dampfer.

(W. T. B.) **Berlin**, 9. März. Die Morgenblätter teilen mit, daß die Marseiller Reedereien im Februar elf Schiffe als überfällig angemeldet haben.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Wertlose Arzneimittel.

(W. T. B.) **Sofia**, 9. März. (Nichtamtlich.) Unter der Beute, die den bulgarischen Truppen in Nisch in die Hände fiel, befand sich auch eine größere Menge von Arzneimitteln, die von Italien an Serbien geliefert worden waren. Dem mit der Sichtung dieser Bestände beauftragten Sanitätsoffizier fiel es auf, daß einige Kästchen der noch in der Originalpackung befin

Landesbibliothek Oldenburg

lichen Arzneimittel feucht waren und Flecke zeigten, während die nach dem Aufdruck darin enthaltenen Arzneimittel nicht die Eigenschaft besitzen, feucht zu werden. Die daraufhin angestellte Untersuchung führte zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Arzneimittel in einer Weise gefälscht waren, wie man es bisher noch nicht beobachtet hatte. Die Aufmachung der Arzneimittel ist die übliche elegante. Die Flaschen sind versiegelt und tragen die Bezeichnung:

Stabilimento Farmaceutico
Milano G. Brenti Milano

1. Gr. 500 Pastilli Chinini fulphuriei à 20 Ctgr.
Bei der Untersuchung konnte kein Chinin entdeckt werden.
2. Diamidopyrin Gr. 250.
Dieses Präparat enthielt 90 Proz. schwefelsaures Magnesia.
3. Hydrargyrum chloratum mite Gr. 25.
Dieses bestand hauptsächlich aus schwefelsaurem Kalk.
4. Hydrargyrum bichloratum ammoniatum Gr. 100.
Bestand ebenfalls aus schwefelsaurem Kalk.
5. Natrium Salicylicum Gr. 500.
Dieses sonst weiße Präparat hatte eine bräunliche Farbe, enthielt kein Salicyl, wohl aber doppelkohlensaures Natron.
6. 500 Gr. Pastilli Bichlorureti Hydrargyri et Chlorureti Natrii ana gr. 1.
Diese Sublimatpastillen enthielten lange nicht den angegebenen Gehalt an Sublimat. Da diese Arzneimittel keinen oder nur einen ganz geringen Heilwert besitzen, ist es verhängnisvoll, daß der Gesundheitszustand der serbischen Armee durch die mit bundesbrüderlicher Bereitwilligkeit gelieferten Heilmittel nicht gebessert wurde. Für die Truppenteile der Mittelmächte ist ihr Gebrauch jedenfalls verboten worden.

Von den türkischen Kriegsschauplätzen.

Der türkische Bericht.

(W. T. B.) Konstantinopel, 9. März. Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine Nachricht eingelaufen, die eine wesentliche Aenderung meldet.

Der Krieg mit Italien.

Vertrauensvotum für Salandra in der Kammer.

(W. T. B.) Rom, 8. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Nachdem die Kammersitzung vom Montag wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben worden war, hat das Haus am Dienstag nach Erklärungen Pantanos, Bissolatis und Salandras dem Wunsche Salandras entsprechend, in namentlicher Abstimmung mit 285 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, die Resolution der offiziellen Sozialisten auf Unterstützung der Familien der Eingezogenen zu vertagen.

(W. T. B.) Bern, 8. März. Der offizielle Sozialist Turati, der die Anschauung der Sozialisten verteidigte und den Vorwurf der beabsichtigten Sabotage anläßlich des Krieges zurückwies, führte u. a. aus: Wir haben den Kollegen Bissolati in dieser Kammer einen Gruß an Frankreich und die französischen Waffen richten hören. Der Sinn dieses Grußes war augenfällig. Obendrein wird die Regierung binnen kurzem nach Paris gehen und das bedeutet einen größeren Krieg, bedeutet die Entziehung von Geld, was in nackten Worten gesagt bedeutet, Krieg dem italienischen Volke. Können wir diesen Dingen einfach ihren Lauf lassen? Wir denken, daß bereits viele bloßgestellt sind, daß viele andere später noch bloßgestellt werden können. Der Krieg wird nicht nur in den Schützengräben, sondern auch im Parlament und im Lande geführt, indem wir die Unzufriedenheit infolge mangelhafter Vorsorge und die Leiden der sich in anormaler Lebensweise befindlichen Bevölkerung abstellen. Wir machen uns zum Dolmetscher aller, und Ihre Freunde, meine Herren von der Regierung, sind gewissen Echos gegenüber auch nicht taub. — Nach Turati sprachen Pantano und Bissolati für die Regierung, worauf Salandra das Wort ergriff. Nach dem vorliegenden telephonischen Auszug ist Salandra auf Turatis Anspielung wegen des größeren Krieges nicht eingegangen, sondern hat sich vielmehr darauf beschränkt, auf das Unzweckmäßige der Erörterung von Gegenständen, wie bei der Anfrage Bignos, während des Krieges hinzuweisen, und seine vorgestrige Forderung aufrecht erhalten. Zugleich hat er seine gestrige Aeußerung über den Appell an die Krone berichtigt durch die Erklärung, daß in dieser Wendung nichts Unkorrektes oder gegen die Kammer Unrechtes oder Unkonstitutionelles gewesen sei. Die Garantien und Vorrechte des Parlaments würden durch den Appell an die Krone in keiner Weise geschmälert, man könne andererseits aber auch nicht zugeben, daß die Vorrechte der Krone vergessen würden. — Nach diesen Worten ereignete sich ein Zwischenfall. Der Abgeordnete Tedesco, der früher im Kabinett Giolitti Minister war, sprang auf und rief heftig: „Niemals hat man in der Duma so gesprochen!" Nach der Beilegung dieses Zwischenfalles sprach der Ackerbauminister Cavasola, nach diesem die beiden Abgeordneten von der alten Majorität Giolittis, Schanzer und Alessio. Darauf erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung.

Die Neutralen.

Wilsons Sieg auch im Repräsentantenhause.

(W. T. B.) Washington, 8. März. (Vom Vertreter des W. T. B.) Der Geschäftsordnungsantrag, welcher die Plenardebatte über den Antrag auf Vertagung der Resolution McLemore betr. Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen zeitlich beschränkt, wurde mit 271 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Abstimmung des Repräsentantenhauses bedeutet ebenso, wie diejenige im Senat über die Resolution Gore, daß die Majorität beider Häuser dem Wunsche Wilsons entgegenkommt, daß, solange ein Abschluß der diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland noch aussteht, Wilson durch irgendwelche Tätigkeit des Kongresses nicht beengt werde. In der Debatte über den Geschäftsordnungsantrag sagte Mann, der Führer der Republikaner: Wenn wir richtig berichtet sind, wünscht der Präsident unsere Meinung über die Frage der Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen; wenn wir jetzt sagen, die Resolution McLemore geht auf den Tisch, so äußern wir keine Meinung über jenen Gegenstand, es sei denn, daß man diese unsere Handlungsweise als eine Einladung zu solchen Reisen auslegen wolle. Ich bin nicht dafür, eine solche Einladung gehen zu lassen, welche uns in die internationalen Verwicklungen hineinziehen könnte.

England erwartet, daß Amerika seine Pflicht tut!

Haag, 8. März. Grey hat der amerikanischen Regierung amtlich mitgeteilt, daß England nicht dulden werde, wenn in Amerika eine Warnung gegen die Benutzung englischer Passagierschiffe erlassen und von amtlicher Seite unterstützt werden sollte. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte die amerikanische Regierung Handelsdampfern nicht das Recht absprechen, Maßnahmen zur Selbstverteidigung zu ergreifen. Durch die gewaltigen Schiffsverluste seien die verbündeten Staaten zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie ihre Handelsdampfer bewaffnen müßten. Die von einer kriegführenden Macht in den Vereinigten Staaten inszenierte Agitation gegen die Bewaffnung und Benutzung englischer Dampfer bedeute eine Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten. (!!) Die englische Regierung erwarte daher, daß die amerikanische Regierung hiergegen vorgehe.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 9. März.

Die Haushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch das Kapitel Universitäten. Dazu wurde folgender Antrag angenommen: Die Kommission wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, baldigst für einen besseren Ausbau des Studiums der Verhältnisse fremder Länder im Interesse des auswärtigen Dienstes, des Kolonialdienstes und der wirtschaftlichen Entwicklung von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Technik im Anschluß an bestehende Hochschulen oder andere Einrichtungen Sorge zu tragen. — Die Beschlußfassung über einen Antrag, eine größere Summe für talentvolle Studierende aus minderbemittelten Ständen einzustellen, wurde ausgesetzt, um bei dem Kapitel höhere Lehranstalten erledigt zu werden. Zur Frage der Kriegsprimaner lagen je ein Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen vor. Beide verlangen das Reifezeugnis für diejenigen, die eine Prüfung vor Eintritt in das Heer nicht abgelegt haben. Während der nationalliberale Antrag ohne nochmaligen Schulbesuch dieses geben will, wünscht der Zentrumsantrag, die Einrichtung von Ergänzungslehrgängen an der Hochschule ins Auge zu fassen, und zu diesem die preußische Staatsregierung zu ersuchen, mit deutschen Bundesstaaten sich zu gleichartiger Behandlung in Verbindung zu setzen. — Der Minister erklärte sich im Wesentlichen mit dem Zentrumsantrag einverstanden, teilte aber zugleich mit, daß der Kriegsminister sich gegen die Notreifeprüfung erklärt habe, da Erfahrungen nicht wünschenswert erscheinen lassen, daß die Lust, so jung ins Heer einzutreten, weitergefördert wird. Eine Verhandlung mit Vertretern sämtlicher Bundesstaaten soll noch in diesem Monat stattfinden. Ganz ohne Prüfung das Reifezeugnis zu geben, ginge nicht an. — Der Antrag des Zentrums wurde sodann mit einem Abänderungsantrag der Freikonservativen in folgender Fassung angenommen: Die Kommission wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, mit den Regierungen der übrigen deutschen Bundesstaaten in Verbindung zu treten, um eine gleichartige Behandlung der sogenannten Kriegsprimaner zu erreichen, wobei eine Nachlassung der Reifeprüfung in geeigneten Fällen und die Einrichtung von Ergänzungslehrgängen ins Auge zu fassen ist.

Am Dienstag abend beschäftigte sich die Haushaltskommission mit dem Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, dem zugestimmt wurde. Nach einer über das Jahr 1915 vorliegenden Denkschrift betrug der Landerwerb 364 Hektar. Das Siedlungsergebnis waren 35 Rentengutsvertragsabschlüsse, von denen 31 endgiltig genehmigt sind. Bis Ende 1915 waren von der Ansiedlungskommission im ganzen 19 544 Renten- und 2170 Pachtstellen vergeben. Der Landvorrat der Ansiedlungskommission betrug Ende 1915 alles in allem 57 082 Hektar und an reinem Stellenlande 27 000 Hektar.

Der Seniorenkonvent des preußischen Abgeordnetenhauses beriet am Freitag die Geschäftslage. Man hofft, bis Ostern den Eisenbahnetat, den Kultusetat, die Steuergesetze und einige Petitionen zu erledigen. Alsdann soll das Haus bis Mai vertagt werden.

Zuschläge zur Erbschaftssteuer. Dem Landtage des Fürstentums Lippe ist eine neue Steuervorlage zugegangen, die einen 3prozentigen Zuschlag zu der nach den Vorschriften des Reichserbschaftssteuergesetzes veranlagten Erbschafts- und Schenkungssteuer für Landeszwecke vorsieht. In der Begründung der Vorlage heißt es u. a., daß es nach dem Reichserbschaftssteuergesetze den Bundesstaaten ja überlassen sei, Zuschläge zu erheben. Verschiedene Bundesstaaten hätten von der Befugnis bereits Gebrauch gemacht, und auch Lippe könne bei der ungünstigen Finanzlage nicht darauf verzichten.

Bruch des Burgfriedens. Die Ersatzwahl für den gefallenen lippischen Landtagsabgeordneten Schmidt (natl.) endete mit dem Siege des von konservativer Seite aufgestellten Kandidaten Korte. Er erhielt 133 Stimmen, der Nationalliberale 123. Das Mandat ist also den Nationalliberalen verloren gegangen. Die Konservativen hatten sich durch den „Burgfrieden" nicht abhalten lassen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Die Rindfleischkarte in Sicht. In der sächsischen Ersten Kammer wurden mit einer in diesem Hause noch nie dagewesenen Schärfe die Vorgänge bei der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes von allen Seiten kritisiert. Die Oberbürgermeister der großen Städte Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau und Plauen hoben hervor, daß besonders bei der Kartoffelversorgung ebenso verfahren sei wie im vorigen Jahr. Es bliebe überhaupt kein anderer Ausweg mehr übrig als eine Reichsbeihilfe. Oberbürgermeister Keil-Zwickau schob die Schuld an der gegenwärtigen Kartoffelknappheit den preußischen Kreisen zu. So habe die Reichskartoffelstelle der Stadt Zwickau mitgeteilt, der Kreis Jerichow sei angewiesen worden, nach Zwickau 1000 Zentner Kartoffeln zu senden. Heute, nach drei Wochen, habe die Stadt Zwickau weder eine Kartoffel noch eine Antwort aus Jerichow erhalten. Es bestehe ein kleiner Kreis, der die Notlage der Bevölkerung ausnutze, um seinen Säckel zu füllen. — Exzellenz Meinert kündigte an, daß die Fleischkarte für das ganze Reich kommen würde. Sie sei unbedingt notwendig, um den Fleischverbrauch einzuschränken und um den weniger Bemittelten das Recht zu einem Vorwurf gegen die Bessergestellten zu nehmen. Auch sei ohne die Fleischkarte sehr zu befürchten, daß viel zu viel Vieh abgeschlachtet würde, so daß später ein außerordentlicher Notstand entstehen würde.

Maßregeln zum Schutze der Jugend. Das Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps in München hat eine Verordnung zum Schutze der Jugend erlassen, die alles übertrifft, was bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Die Grenze des Rauchverbots ist bei den Jugendlichen bereits mit siebzehn Jahren gezogen, und allen Zigarren- und Zigarettenhändlern ist verboten, an Jugendliche unter siebzehn Jahren irgendwelchen Rauch- oder Kautabak abzugeben. Desgleichen ist den Jugendlichen unter siebzehn das Rauchen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verboten. Ferner ist es den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften verboten, Jugendliche unter siebzehn Jahren in ihren Gasträumen nach 9 Uhr abends, ganz gleich, ob in Begleitung Erwachsener oder nicht, zu dulden. In der übrigen Zeit, also bis 9 Uhr abends, dürfen Jugendliche unter siebzehn Jahren nur in Begleitung Erwachsener Wirtschaften besuchen. Ferner ist es verboten, daß Jugendliche unter siebzehn Jahren, ganz gleich, ob mit oder ohne Begleitung Erwachsener, Kinos besuchen dürfen. Die Inhaber von Lichtspieltheatern dürfen nur Schriftplakate öffentlich anschlagen, Bildplakate sind verboten. Jugendlichen unter siebzehn Jahren ist das beschäftigungslose Umhertreiben auf öffentlichen Plätzen, Straßen oder an anderen Orten nach 9 Uhr abends verboten. Die Ortspolizeibehörden sind ermächtigt, einen noch früheren Zeitpunkt festzusetzen. Der Erlaß befaßt sich auch mit den Schundschriften. Es ist verboten, Schundschriften öffentlich anzukündigen, anzupreisen und im Schaufenster oder in sonstigen Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, zur Schau zu stellen. Es ist verboten, Jugendlichen unter siebzehn Jahren diese Schundschriften, ganz einerlei, ob gegen Entgelt oder unentgeltlich, anzubieten oder zu verabfolgen. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark bedroht, außerdem können die Betriebe der Bestraften vorübergehend oder dauernd gesperrt werden.

„Im Interesse der großen Sache". Die Lindener Eisen- und Stahlwerke A.-G. in Hannover-Linden berichten im Hann. Kurier vom 5. d. M., daß sie, um die ihr übertragenen Heereslieferungen ausführen zu können, ihre Werke ohne jeden Verzug und bis in alle Einzelheiten umgebaut und neu eingerichtet haben:

„Es mußten ganze Maschinenanlagen abmontiert und Werkzeugmaschinen, Schmelzofenanlagen, Glühöfen, Trockenöfen, Bessemerei usw. neu eingerichtet werden; fast alle diese Anlagen sind Sondereinrichtungen zur Munitionsherstellung. Wir haben hierfür erhebliche Summen aufgewandt, ohne bei Beginn eine Sicherheit, ja, ohne überhaupt nur die Wahrscheinlichkeit gehabt zu haben, daß die Dauer und der Umfang der Aufträge für die Tilgung der festgelegenden Summen ausreichen würden. Im Interesse der großen Sache jedoch gingen wir dieses erhebliche Risiko ein."

Natürlich! Nur „im Interesse der großen Sache", deren Größe buchstäblich im Golde erstrahlt, wenn man erfährt, daß sich das „erhebliche Risiko" für die Aktionäre der Lindener Eisen- und Stahlwerke in 25 Prozent Dividende verwandelte, gegen 10 Prozent im Vorjahre, daß die gewaltigen Neuanlagen bei den Abschreibungen, deren Höhe vorsichtigerweise nicht angegeben wird, „angemessene Berücksichtigung" fanden, und daß die Gläubiger-Rückstellungen für Kriegsgewinnsteuer usw. mit 2 008 330 Mark als „ausreichend bewessen" aufgeführt werden. — „Im Interesse der großen Sache" standen und stehen auch die Schlesischen Mühlenwerke A.-G., die 20 Prozent Dividende ermöhlten (gegen 12 Proz. im Vorjahre), während die Bielefelder A.-G. für mechanische Weberei der „großen Sache" mit dem Erfolge diente, daß sie 25 Proz. Dividende (1914: 16⅔ Proz.) ausschütten kann. Gut daran sind auch die Inhaber der Papiere der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorm. W. Pittler A.-G., die 25 Proz. Dividende heimtragen können, und am besten schneiden unter den uns gerade vorliegenden Jahresberichten einer Reihe von Aktiengesellschaften die Hüttenwerke Niederschöneweide A.-G., vorm. J. F. Ginsberg in Berlin-Nieder-

Landesbibliothek Oldenburg

schöneweide ab, die insgesamt 100 vom Hundert an ihre Aktionäre ausschütten, und zwar 16 v. H. wie im Vorjahre als Dividende und 84 v. H. in Form eines Bonus. — Was sagt Herr Helfferich dazu, daß angesichts dieser gar leicht zu vermehrenden Beispiele die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin fordern, erstens müsse dem Kriegsgewinnsteuerpflichtigen das Recht gegeben werden, bei der bundesstaatlichen und kommunalen Besteuerung von dem Einkommen die an das Reich zu entrichtende Kriegsgewinnsteuer in Abzug zu bringen, und zweitens sei die Doppelbesteuerung bei den Tochtergesellschaften schon für alle Gesellschaften auszuschalten, die ein Zehntel (statt ein Fünftel laut Entwurf) der Aktien einer Tochtergesellschaft besitzen? Wird der Reichsschatzsekretär sich hier den Kriegsprofitierern gegenüber gerade so nachsichtig erweisen wie gegenüber dem als unabänderlich verkündeten Willen der Reichsregierung, außer der Kriegsgewinnsteuer nicht einen roten Heller anderer direkter Reichssteuern erheben zu wollen? Dagegen wird der Reichstag sich ebenso entschieden wenden müssen, wie gegen die Forderungen der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin. Wer aus der „großen Sache“ Millionengewinne zieht, hat auch entsprechende einmalige und dauernde Opfer zu bringen.

Eine zeitgemäße Mahnung. Erzbischof Thomas von Freiburg hat soeben einen Fastenhirtenbrief erlassen, in dem wir folgende, im Hinblick auf gewisse Kriegsscharfmachereien von Zentrumsorganen durchaus zeitgemäße, beinahe bitter sarkastische Feststellung finden:

> „Es ist leicht, heißt es da, in der friedlichen Heimat patriotische Begeisterung zu zeigen und mit Siegesgeläute den Erfolg der Waffen zu feiern, aber es ist furchtbar schwer, unter dem vernichtenden Hagel der Geschosse Tage und Nächte, Wochen und Monate lang bei Hitze, Regen und Winterkälte auszuhalten und mitten unter sterbenden Brüdern immer neuen Anstürmen einer feindlichen Uebermacht zu widerstehen.“

Es will uns dünken, als ob in diesen Worten des Freiburger Erzbischofs eine vielleicht nicht ganz unbeabsichtigte Spitze gegen eben die Presse steckte, in der z. Z. der Fastenbrief in seiner ganzen Breite veröffentlicht wird; denn es wird dem Herrn Erzbischof so wenig wie uns entgangen sein, daß das wilde, manchmal geradezu tobende „Heimkämpfertum“, das nur zu gerne auf den Tisch schlägt und alles Mögliche und Unmögliche „erobert“ und „behalten“ will, auch in der Zentrumspresse eine breite Stätte gefunden hat.

Lokales.

Rüstringen, 9. März.

Nahrungsmittelschwindel.

Es ist eine leider nur zu sehr bekannte Tatsache, daß die Volksmassen nicht nur durch gewissenlosen Lebensmittelwucher ausgebeutet, sondern auch noch auf Schritt und Tritt aufs schamloseste betrogen wird. Das Polizeipräsidium Frankfurt a. M. veröffentlicht eine Warnung, die folgende Betrügereien aufzählt:

1. Neuerdings sind häufig in billigeren Würsten, besonders Leberwürsten, größere Mengen unverdaulicher Stoffe, wie Rockenband (auch Haarwachs genannt), Herzpfeifen (große Adern), Flechsen und ähnliche, sehnige, unverdauliche Abfallstoffe des Großviehs festgestellt worden. Durch den Zusatz solcher Stoffe wird die Wurst zum Teil unverdaulich, also erheblich verschlechtert. Solche Zusätze sind als Verfälschungen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes anzusehen und strafbar.

2. Das unter dem Namen Salatöl-Ersatz Bedruska, Salatan, Salatin und ähnlichen Phantasienamen in den Verkehr gebrachte angebliche Ersatzmittel für „Salatöl“ bestand in allen zur Untersuchung gelangten Fällen nur aus einem 98—99prozentigen wasserhaltigen dünnen Pflanzenschleim, der mehr oder weniger gelb gefärbt und teilweise auch mit dem Konservierungsmittel Benzoesäure versetzt war. Der für dieses Produkt in der Regel im Kleinhandel geforderte Literpreis von 1,20 bis 1,60 Mk. — sogar 2,60 Mk. wurden gefordert — ist keineswegs angemessen, sondern übermäßig hoch. Herstellern und Verkäufern droht Strafe nach § 5 der Bundesratsverordnung von 23. Juli 1915.

3. Als Ersatz für Butter unter den Bezeichnungen „Vollmilch-Produkt“, „Brotaufstrich“, „Butter-Ersatz“ und dergleichen werden jetzt Mischungen von Sauermilchquark mit Zucker und gelber Farbe in den Verkehr gebracht, die in keiner Weise als Ersatzmittel für Butter in allen Fällen gelten können. Auch hier ist der geforderte Preis, z. B. von 2,20 Mk., viel zu hoch. Diese Produkte würden eventuell als Halbfettkäse anzusehen sein, für die der Höchstpreis von 80 Pf. das Pfund durch die Verordnung vom 13. Januar festgesetzt ist. Da aber diese Verordnung alle erlaubten Käsearten aufzählt, nicht aber solche Butterersatz-Erzeugnisse und da weiter die Herstellung nicht genannter Käse durch diese Verordnung verboten wird, sind Hersteller und Verkäufer solcher Erzeugnisse strafbar.

4. Die Milchknappheit hat die Milchhändler vielfach zu einer Mischung von Vollmilch und Magermilch veranlaßt. Wer Vollmilch und Magermilch mischt und die Mischung als „Vollmilch“ oder unter anderer Bezeichnung als „Magermilch“ verkauft, macht sich eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig.

* * *

Die Funktionäre der Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, baldigst die Karten zum Laube-Lichtbildervortrag abzuholen. Die Vorstände der Gewerkschaften wollen die Karten im Metallarbeiterbüro abholen, während die Vertrauensleute sie von ihren eigenen Vorständen zu erhalten haben.

Die Papierpreiserhöhung und die Zeitungsverleger. In Hannover hielt am Sonntag der Zeitungsverlegerverein für Nordwestdeutschland seine Hauptversammlung ab, auf welcher über 100 Vertreter des Zeitungsgewerbes auf der Provinz Hannover, Oldenburg, den Hansastädten Bremen und Hamburg, aus Braunschweig und den angrenzenden Bezirken vertreten waren. Die Versammlung nahm Stellung zu der außerordentlichen fast 40prozentigen Papierverteuerung. In der Verhandlung wurde angeführt, daß die fortgesetzte Verteuerung aller Materialien zur Herstellung der Zeitungen im Verein mit dem Rückgang des Anzeigenumsatzes die Existenz vieler Zeitungen bedrohe. Eine Erhöhung der Bezugspreise der Zeitungen und wo es möglich sei auch der Anzeigenpreise, sei dringend erforderlich. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Durch wiederholte aufklärende Mitteilungen über die Lage des Zeitungsgewerbes ist allgemein bekannt, daß die Zeitungen infolge der fortschreitenden Materialsteigerungen in eine so bedrängte Lage geraten sind, daß Befürchtungen für das Weitererscheinen vieler Blätter nur zu berechtigt sind. Angesichts der großen nationalen Wichtigkeit der Erhaltung einer leistungsfähigen Presse sehen sich die Verlage, die große Opfer in dem Bewußtsein ihrer vaterländischen Aufgabe schon von Kriegsbeginn an auf sich genommen haben und weiter zu tragen bereit sind, gezwungen, wenigstens einen Teil der immer mehr gesteigerten Aufwendungen für die Herstellung und Leistungen der Zeitungen durch Erhöhung der Bezugspreise zum 1. April auszugleichen. Die Mehrkosten sind für den einzelnen Leser so gering, daß die Hoffnung auf einsichtsvolles Verständnis der Bezieher wohl berechtigt ist.“

Die Reinigung der Bürgersteige, ganz besonders nach starkem Schneefall, ist eine von den Hausbesitzern stets unangenehm empfundene Pflicht. Sie versuchen deshalb oft, sich von dieser Arbeit zu drücken, was einen Leser unseres Blattes veranlaßt, in folgenden Versen die Hauswirte an ihre Pflicht zu mahnen:

Ueb' immer deine Bürgerpflicht,
Auch wenn es schneit und friert,
Vergiß das Ascheſtreuen nicht,
Sonst wirst du aufnotiert.
Der Paragraph steht nicht umsonst
In unserm Ortsstatut,
Und wer schon auf dem Pflaster saß,
Der weiß, wie weh das tut.

Für den Eisernen Friesen stifteten: Verein der Deckoffiziere a. D. Nordsee 100 Mk., Ernst Eggers, Rüstringen, 100 Mk., Biochemischer Verein Frisia Wilhelmshaven 100 Mk.

Kauft kein Leberschmalz! Unter der Ueberschrift: „Leberschmalz, eine seltsame Wurstkonserve“, schreibt Dr. M. Junack, städtischer Obertierarzt in Berlin, in der Deutschen Schlacht- und Viehhof-Zeitung: „Vor einigen Tagen kaufte ich in einem Laden des Berliner Ostens, in dem nur mit dieser Ware gehandelt wurde, ein Viertelpfund der mir verdächtig erscheinenden und als Leberschmalz verkauften Ware zu dem Preise von 45 Pf.; eine Pfunddose kostete 1,60 Mk. und in dieser kostete also das Pfund Leberschmalz 1,92 Mk., da sie nur 400 Gramm Ware enthielt. Das Präparat stellte eine bräunliche, leicht schmierbare, fade und nur stark gepfeffert schmeckende Ware dar. Die Analyse bestätigte den Verdacht in vollstem Umfange. Der Trockensubstanzgehalt wurde zu 22 v. H., der Fettgehalt wurde zu 4 v. H. ermittelt, und zwar handelte es sich um eine talgartige Masse; mikroskopisch und mikrochemisch bestanden die gesamten geformten Elemente zu etwa vier Fünfteln aus Stärkekörnern und zu etwa 20 v. H. aus Fleischfasern und gelbem Detritus, wahrscheinlich Blutderivaten; Leberbestandteile waren nicht nachzuweisen. Für 0,45 Mk. erhielt der Käufer nach der vorstehenden Analyse in seinen 125 Gramm Ware: 92,5 Gramm Wasser, 5 Gramm Fett, etwa 18 Gramm Stärke und viele zerkleinerte Pfefferkörner und etwa 4,5 Gramm Fleischfasern und Blutbestandteile; auch nach den heutigen hohen Preisen ist der Fett-, Stärke- und Eiweißwert der für 0,45 Mk. gekauften Ware auf höchstens 0,5 Mk. zu veranschlagen, ist also neunmal zu teuer bezahlt! — Der Genußwert der Ware ist wegen ihres faden, nichtssagenden Geschmacks überhaupt als nicht vorhanden zu bewerten. Die Konservendosen trugen keine volle Firmenbezeichnung; sie stammten nach meinen sonstigen Erfahrungen wahrscheinlich aus Dänemark, von welchem Lande ja aus Zeitungsanzeigen bekannt ist, daß in demselben auch eingegangene Tiere zu hohen Preisen aufgekauft werden. Wahrscheinlich ist die Ware in großen Mengen nach Deutschland gelangt. Ich kann mir keinen entsprechenden Namen denken, unter dem sie in einen auch nur einigermaßen reellen Nahrungsmittelverkehr gelangen könnte; das noch warme und schon stark eingetrocknete Leberschmalz hatte einen deutlich heringsartigen Geruch; die beigemengten Fleischfasern stammen vielleicht deshalb aus Fischfleisch irgendwelcher Art.“

Wilhelmshaven, 9. März.

Stand der Kriegssammlung der Werftarbeiter. Bis Ende Januar waren gesammelt: 216 253,76 Mk., vom 1. bis 29. Februar gesamelt: 15 201,96 Mk., zusammen: 231 455,72 Mark. Hiervon sind ausgegeben worden: Einmalige und laufende Unterstützungen bis Ende Februar 1916: 129 248,09 Mark, für ein Sparkassenbuch (997 Mann à 10 Mk.) 9 970,00 Mk., Unterstützung an Gemeinden: 10 300,00 Mk., Unterstützungen an Ostpreußen: 5 000,00 Mk., Weihnachtsunterstützung 1914: 7 500,00 Mk., Weihnachtsunterstützung 1915: 19 610,18 Mk. (Gesamtbetrag 1915: 29 407,65 Mk.) Für Nagelung des Rüstringer Friesen: 1 000,00 Mk., für Nagelung des Wilhelmshavener Wehrmals: 200,00 Mk., laufende Unterstützung an das Artilleriedepot: 19 780,66 Mark, zusammen 202 608,93 Mk. Es sind noch verfügbar und verzinslich angelegt: Reservefonds zu 5 Proz.: 28 950,00 Mark, davon bereits abgehoben: 103,21 Mk., bleibt 28 846,79 Mark.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. Die Direktoren Carl Mennen und Hermann Job hatten die Mannschaft der siegreich heimgekehrten Möwe zu der gestrigen Vorstellung zu freiem Besuch eingeladen. Die Leute wurden mit einer kleinen Blumenspende begrüßt und festlich bewirtet. Es entwickelte sich eine richtige Feststimmung.

Volkstheater.

Die Macht der Finsternis. Drama in 5 Aufzügen (6 Bildern) von Graf Leo Nikolajewitsch Tolstoi. Deutsch von Heinrich Stümcke.

Gestern vor fünfzehn Jahren, am 8. März 1901, wurde Tolstoi aus der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen. Den Edelchristen wollte die heilige Kirche Rußlands nicht mehr in ihrer Gemeinschaft dulden. Das wird gar mancher nicht ganz verstehen, der Tolstois Werke las. Wer da aber weiß, wie er gerade im Namen des Christengottes gegen die moralische und physische Fäulnis am Volkskörper im heiligen Rußland ankämpfte, wird zu begreifen vermögen.

In seinem Drama führt er hinein ins finstere Elend des russischen Muschiks. Tierische Verkommenheit gepaart mit allen Variationen der Verdummung zeichnet Tolstoi hier in krassestem Realismus. Die Art, wie die frommen Weiber den kranken Bauer Peter vergiften, den früheren Knecht Nikita zum Kindesmord treiben, zum Mord an seinem eigenen Fleisch und Blut, das er mit seiner ältesten Stieftochter gezeugt, alles das gibt einen fürchterlichen Einblick in die Zustände nicht nur einer einzelnen russischen Bauernfamilie, sondern in die kulturelle und soziale Rückständigkeit des gesamten russischen Volkes.

Die schauderhaften Verbrechen werden unter Anrufung Gottes begangen und das neu geborene Kind, das umzubringen bereits beschlossene Sache ist, wird vorher getauft und bekommt, bevor es Nikita unter einem Brett zu Brei quetscht, ein geweihtes Kreuzchen, damit sein Seelenheil nur ja keinen Schaden nimmt. Stoisch läßt der alte Dimitritsch, der nicht nur ahnt, was vorgeht, sondern zum Teil Zeuge des Entsetzlichen wird, das Verbrechen geschehen. Und dabei ist der Mann sonst so weich, daß ihm ein in der Kälte stehendes Pferd dauert. Schließlich ist er aber der einzige, der da spürt, was dem Volke nottut, wenn er auch in seiner Einfalt einzig die Dummheit der Frau für alles Elend in Rußland verantwortlich macht. Und dann der alte Akim in seiner erschütternden Bravheit, die klassische Unwissenheit ziert; der in hilflose Empörung gerät, als er von der Tatsache hört, daß Kapital Zinsen bringt, daß man ohne zu arbeiten und zu verdienen, sein Kapital vermehren kann. Er nennt das eine sündhafte Niederträchtigkeit, trotzdem ihm Dimitritsch den Zustand als „kluge Einrichtung“ preist.

Zum Schluß läßt Tolstoi Nikita unter der drückenden Last seiner Verbrechen zusammenbrechen und sich selbst bezichtigen, zum Entsetzen der ganzen versammelten rechtgläubigen Gemeinde.

Die Aufgaben, die den Schauspielern gestellt werden, sind nicht klein, die einzelnen Figuren nur scheinbar einfach und nicht einmal dankbar. Herr Herbert Michels in der Rolle des Nikita hob seine Leistung durch warmes, tief empfundenes Spiel weit über den Durchschnitt, ihm nahe kam Frau Michels-Kneisel als Anissja. Den beschränkten Akim gab Herr Direktor Michels im allgemeinen treffend, das gleiche gilt von Frl. Bolte, die die Rolle der Matrjona wohl zu meistern wußte. Im übrigen sind noch hervorzuheben die Herren Hennig (Dimitritsch), Huck (Peter) und die Damen Marnoff (Akulina), Tetzloff (Anjutka) und Hammermann (Marinka). Die Gesamtaufführung verdient eine befriedigende Note.

Ein Teil des Publikums war absolut nicht im Bilde und zeichnete sich höchst unrühmlich durch albernes Benehmen aus.

Aus aller Welt.

Ein Betrugsprozeß, der in Mannheimer Handelskreisen viel besprochen wird, beschäftigte die Mannheimer Strafkammer. Der Großkaufmann Hans Scharf war angeklagt, bei den Benzinlieferungen für die Rheinische Automobilgesellschaft diese im Zeitraum von vier Jahren durch Angabe höheren Faßgehaltes auf den Rechnungen um über 200 000 Kilo benachteiligt zu haben. Das Gericht verurteilte Scharf zu sechs Monaten Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe. Die beantragte Haftentlassung wurde von der Stellung einer Kaution von 60 000 Mark abhängig gemacht.

Ein Mörder zum Tode verurteilt. Wegen vorsätzlichen Mordes verurteilte das Kriegsgericht in Köln den 36 Jahre alten Bergarbeiter van Geleen aus Haarlem in Holland zum Tode. Er hatte am 7. Februar in einem Walde in der Nähe von Köln den Arbeiter de Graaf durch Dolchstiche ermordet. Die Frau des Ermordeten wurde von der Anklage der Beihilfe des Mordes freigesprochen.

Duell zweier italienischer Zeitungsdirektoren. Von der italienischen Grenze wird gemeldet: Zwischen den Direktoren der Tribuna und der Idea Nazionale fand ein Zweikampf statt. Der Direktor der Idea Nazionale wurde durch einen Stich in den Arm verwundet. Der Zweikampf entstand infolge einer zwischen beiden Zeitungen geführten Fehde über die albanische Frage.

Vor der Hochzeit in den Tod. Mit Leuchtgas vergiftete sich die 22jährige Arbeiterin Anna Mickey in Oberschöneweide. Sie wurde gegen Abend von einer Bekannten, die sie besuchen wollte, tot in dem vollständig mit Gas angefüllten Zimmer aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Zweifellos liegt Selbstmord vor. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt. In den nächsten Tagen sollte die Hochzeit des jungen Mädchens stattfinden.

Briefkasten.

J. K. Damit Sie ganz genau informiert sind, wollen wir Ihnen verraten, daß die Werft eine Kaiserlich deutsche Reichswerft ist.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Volks-Theater Grenzstraße

855 Telephon Nr. 855

Heute
und folgende Tage:

Die Macht der Finsternis.

Drama von Tolstoj.

Vorverkauf bei Niemeyer, Zigarrengeschäft, Marktstr., und im Theater-Restaur.

Für Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften sind Vorzugskarten (gültig nur an Wochentagen) im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Peterstraße 76 I, zu haben.

Schützenhof, Rüstringen.

A. Görritzen.

Jeden Sonntag
von 4 bis 12 Uhr,
jeden Freitag
von 8 bis 12 Uhr, [7888

Konzert.

Zeugen gesucht!!

Diejenige Dame, welche am 26. Januar 1916 bei dem Straßenbahnunfall des Gefreiten **Paul Göring** Ecke Göker- und Hegelstraße **unmittelbar vor dem Verunglückten ausstieg**, sowie sonstige Personen, welche Augenzeugen des Vorfalls waren, werden gebeten, sich auf dem Büro des Rechtsanwalts **Dr. Peters**, Wilhelmshavener Straße Nr. 6, zu melden. [7425

B. F. Kuhlmann

Inhaber: E. Kuhlmann
Bismarckstrasse 69.

Taschenmesser
Dolchmesser
Scheren
Rasiermesser [739
Rasierapparate
Rasierkästen
Seife und Pinsel
Streichriemen
Taschenmesser.

Aeltestes Geschäft am Platze.
Gegründet 1874.
Bismarckstrasse 69.

B. F. Kuhlmann.

Volksküchen, Rüstringen

Mellumstraße u. Ulmenstraße.

Metallbetten an Private. Katalog frei. [7443
Holzrahmenmatr. Kinderbetten.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Rechtsauskunftsstelle Emden.

Unentgeltliche Auskunfterteilung in gewerblichen Streitsachen, in Unfall-, Invaliditäts- und Krankenkassenangelegenheiten, in Steuersachen usw. [3514

Geöffnet nachmittags, außer Donnerstags von 6 bis 7 Uhr abends. — Daselbst befindet sich die Zentral-Bibliothek. Geöffnet Donnerstags, abends von 7 bis 8 Uhr, und Sonntags, morgens von 10 bis 11 Uhr.

Büro: Konsumverein
an der Schlichte, Souterrain.

Bekanntmachung.

Ablieferung der Gebrauchsgegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel.

Diejenigen Haushaltungen, die bislang ihre Gebrauchsgegenstände nicht abgeliefert haben, werden aufgefordert,

die enteigneten Gegenstände am Donnerstag den 9. u. Freitag den 10. März, nachmittags von 4 bis 6.30 Uhr,

in der Turnhalle an der Friedrikenstraße sowie im Volksschulgebäude Oldenburgerstraße abzuliefern. Nicht abliefern brauchen an diesen beiden Tagen diejenigen, die vom Stadtmagistrat mit der Ablieferung vorläufig befreitet sind. 7411

Rüstringen, den 8. März 1916.

Stadtmagistrat.
Dr. Lueken.

Anmeldungen auf die 4. Kriegsanleihe

nehme ich zu den bekanntgegebenen Bedingungen **kostenfrei** entgegen. 7429

B. H. Bührmann

Einswarden - Blexen - Phiesewarden.

In dieser ernsten Zeit ist es die heiligste Pflicht für unsere Leser, den Leserkreis zu erweitern. Für pünktliche Zustellung bürgt

Die Filial-Expedition.

B. B.

Banter Bürgergarten

Freitag den 10. März
von 4 Uhr bis 11 Uhr:

Großes Wohltätigkeits-Konzert

unter Leitung des Herrn Konzertmeisters Otto.
Es ladet ganz ergebenst ein 7438
Heinrich Vosteen.

Arbeitsvermittlungsstelle und Wohnungsnachweis

des Hilfsvereins Rüstringen, Wilhelmsh. Str. 63 (Rathaus).

Zimmer 7. Fernspr. Nr. 79 und 1165. Geöffnet von 9 bis 12½ Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachmitt. (außer Sonnabends nachm.).

Offene Stellen:	Stellensuchende:
17 Arbeiter, 1 Hausdiener, 7 Dienstmädch., 9 Morgenmädch., 1 Haushälterin, 1 energ. Frau zur Leitung einer Nähstube.	6 Laufburschen u. d. Schulzeit, 3 Tagmädchen, 2 Plätterinnen, 7 Waschfrauen, 9 Dienstmädchen.
Wohnungs-Angebote	**Gesuche** [7443
4 leere Zimmer, 13 möblierte Zimmer, 4 möbl. Wohn- u. Schlafzimmer.	21 2—7räumige Wohnungen, 25 möblierte Zimmer, 15 leere Zimmer.

Kriegskarten-Atlas

10 Karten in Taschenformat, **dauerhaft gebunden**

Mk. 1.50

Kriegskarten-Atlas

20 Karten im Format 23×29 cm, — **broschiert**

Mk. 1.25

Versand nach außerhalb nur gegen Voreinsendung des Betrages und 20 Pf. für Porto oder unter Nachnahme.

Expedition des Norddeutschen Volksblattes.

Kriegs-Theater

zu Wohlfahrtszwecken
der Marine und Armee (unter der Schutzherrschaft I. K. Hoheit der Prinzessin Adalbert von Preussen).

Sonnabend, 11. März, abends 8.15 Uhr
im Werftspeisehaus:

Volksvorstellung

zu kleinen Preisen.

Stein unter Steinen

Schauspiel in 3 Aufzügen
von H. Sudermann. 7393
Spielleitung K. Born. Ende geg. 11 Uhr

Preise der Plätze: Saalplatz 1 Mk., Saalseite u. Balkon 50 Pf., Stehpl. 25 Pf.
Vorverkauf in Lobses Buchhandl., Roonstrasse, und Niemeyers Zigarren-Handlung, Gökerstr., Ecke Bismarckstr.

Saatkartoffeln!

Es treffen ein: 7423

Paulsens Juli-Nieren
Perle von Erfurt ... | frühe Sorten

Industrie, gelbfleischig
Rote Woltmann .... | späte Sorten

Der Verkauf findet nur statt gegen Bescheinigung der Ortspolizei und zwar im Lagerhaus der Firma Krieger & Friedrichs, Kreuzstr. 8.

Georg C. Friedrichs

Behördlich konzessionierte Saatkartoffel-Handlung.

Trauerbriefe und Karten fertigt an Paul Hug & Co

Todes-Anzeige.

Am 7. März entschlief sanft und ruhig nach rastlosem, tätigem Leben meine herzensgute liebe Frau, meine liebe Mutter, Schwieger- u. Grossmutter

Hermine Seemann

geb. Winterboer

in ihrem fast vollendeten 82. Lebensjahre, tiefbetrauert von ihren Angehörigen:

Rüstringen, den 8. März 1916

Anton Seemann nebst Sohn
und Familie.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 11. März, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Schüttzenstr. 11, auf dem Aldenburger Friedhofe statt. [7416a

Nachruf!

Am 8. März 1916 starb infolge eines Unglücksfalles der Maschinenbau-Vorarbeiter

Jakob Kraft.

Er war uns ein lieber Freund und treuer Mitarbeiter, dessen biederes Wesen ihm ein dauerndes Andenken sichert. 7439

Seine Kollegen und Mitarbeiter des Strombau-Ressorts.

VARIETÉ THEATER ADLER

Jobs lustige Bühne.

Heute pünktl. 8.15 Uhr:
Der neue Schlager!

Ne feine Firma!

Lachsalven!

Sonntag 2 Vorstellungen 2
Anfang 3.30 und 8.15 Uhr.
In beiden Vorstellungen

Ne feine Firma!

Karten-Vorverkauf: Vormittags 10 bis 2 Uhr, nachmittags von 4 Uhr ab [7421

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Wilhelmshaven-Rüstringen.

Freitag den 10. März 1916,
abends 8½ Uhr

Vertrauensmänner-Sitzung

in Badewasser's Tivoli, Gökerstr.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung **muß jeder Betrieb unbedingt vertreten sein.**

7408] **Die Ortsverwaltung.**

Freie Turnerschaft Rüstringen

Sonnabend den 11. März,
abends 8½ Uhr.

Versammlung

beim Wirt **A. Freerichs**,
Eck. Schiller- und Mellumstraße.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. [7424

Der Vorstand.

Bürgerverein Rüstringen

Sonnabend, den 11. März,
abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Hrn. W. Heinke

Tagesordnung:

1. Abrechnung
2. Vorstandswahl.
3. **Kommunales.** [7416
4. Verschiedenes.

Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.

Der Vorstand.

Bürgerverein Neuende.

Sonnabend, 11. März,
abends 8 Uhr: 7419

Versammlung

bei **Müller**, Neuender Hof.

Der Vorstand.

Billig zu verkaufen

wegen Platzmangel
eine guterhaltene
Küchen-Einrichtung
7445] **Albert Gergull.**

Bürgerverein Neuende.

Nachruf!

Am Sonnabend, 4. März verstarb unser langjähriges Mitglied, Herr

F. Winkler.

Der Verein wird seiner stets in Ehren gedenken. [7420

Der Vorstand.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage. 30. Jahrg. Nr. 59. **Norddeutsches Volksblatt** Freitag den 10. März 191

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

3. Togo.

Was die Frage der deutschen Handels- und Pflanzungsunternehmungen in dem von den Engländern besetzten Teile Togos anlangt, so liegen Nachrichten vor, nach welchen die englische Verwaltung anscheinend den Geschäftsbetrieb deutscher Firmen durch Schließung von Faktoreien erschwert. In dem von den Franzosen besetzten Teile Togos wird nach wie vor der Handelsbetrieb der deutschen Firmen verhindert.

Das Schicksal der früher in Dahomey gefangen gehaltenen Deutschen hat sich seit der letzten Veröffentlichung insofern gebessert, als der ihnen bislang von der französischen Regierung verwehrte Postverkehr nunmehr freigegeben worden ist. Es sind jetzt Einzelsendungen von Briefen, Geld und Paketen an die sogenannten Dahomey-Gefangenen zulässig.

Die Mitglieder der schweizerischen Abordnung, die für der Besuch der Gefangenenlager in Nordafrika ausersehen wurden, haben ihre Reise im Dezember 1915 angetreten.

4. Südwestafrika.

Die deutschen Kaufgeschäfte, die ihre aufgebrauchten Bestände aus der Kapkolonie ergänzten, werden mit wenigen Ausnahmen weitergeführt. Sehr erschwert wird der Handel durch das Fehlen von deutschem Hartgeld, das die Union durch allerlei Machenschaften fast ganz aus dem Lande zu ziehen wußte.

Die auf ihre zum Teil ausgeraubten und häufig auch zerstörten Farmen zurückgekehrten Ansiedler schlagen sich, auf bessere Zeiten hoffend, durch, so gut es geht. Die Hälfte des Viehbestandes scheinen die Farmer durchschnittlich eingebüßt zu haben; manche haben indes ihr ganzes Hab und Gut verloren und sind auf die Gastfreundschaft von Nachbarn angewiesen. Sehr erschwert ist die Wiederaufnahme der Betriebe durch das Verhalten der Eingeborenen, deren Frechheiten gegenüber die Unionsregierung höchst unangebrachte Nachsicht übt. Arbeiten wollen die Eingeborenen nicht mehr; sie ziehen es vor, sich durch Viehdiebstähle ihren Lebensunterhalt zu verschaffen. Auch liegen Anzeichen vor, daß sie sich wieder zu selbständigen Körperschaften zusammenschließen wollen.

Die Rehobother Bastards sind nach wie vor bewaffnet. Die Witbooïs tragen seit der feindlichen Besetzung Gibeons wieder ihr altes Stammesabzeichen, den großen weißen Hut, und die Hereros sollen sogar von dem Wiedererstehen ihres alten Reiches träumen. Die Engländer unterstützen diese Sonderbündeleien auf jede Weise. So haben sie die Fellschuhträgerhottentotten wieder in ihrem alten Stammesgebiet angesiedelt und auch den Eingeborenen die Rückkehr nach Südwest gestattet, die sich aus Furcht vor Strafe wegen ihrer Verbrechen seit Niederwerfung des Aufstandes außerhalb des Schutzgebietes aufhielten.

Die weiße Bevölkerung, namentlich der unbewaffnete Farmer, fürchtet daher — dies geht aus fast allen Briefen und Berichten hervor —, daß es bald zu Gewalttätigkeiten der Eingeborenen, wenn nicht gar zu Aufständen größeren Umfanges gegen die Weißen kommen wird. Ob die gegenwärtige Regierung des Schutzgebietes die Macht hat, ernstere Unternehmungen von Eingeborenen zu verhindern, erscheint zweifelhaft, da die dort befindlichen Unionstruppen zur Zeit nur noch etwa 2000 Mann stark sein sollen. Bezeichnend für die gegenwärtigen Verhältnisse im Schutzgebiet ist der Ausspruch, den ein englischer Offizier getan haben soll: „Wenn wir das Land nicht behalten können, dann wollen wir den Deutschen wenigstens einen großen Eingeborenenaufstand zurücklassen!"

Die Postverbindung zwischen der Heimat und den internierten Kriegsgefangenen, also mit dem Offizierslager in Okanjande und den in Aus befindlichen übrigen Angehörigen der aktiven Schutztruppe, ist seit einiger Zeit auch auf Paketsendungen ausgedehnt worden, die das Niederländische Rote Kreuz dankenswerterweise vermittelt. Hingegen steht die englische Regierung, wie aus einer Mitteilung des Prisoners of War Information Bureaus in London hervorgeht, auf dem eigenartigen Standpunkt, eine unmittelbare Postverbindung aus Deutschland mit den freigelassenen Schutztruppenangehörigen und mit der Zivilbevölkerung des besetzten Gebietes nicht dulden zu können. Für alle Nichtinternierten ist daher der Briefverkehr zurzeit nur durch Vermittlung des neutralen Auslandes, also z. B. durch das Internationale Friedensbureau in Bern möglich. Geld- und Paketsendungen an die deutsche Bevölkerung in Südwestafrika werden trotz aller amtlichen Bemühungen bis jetzt auch über das neutrale Ausland nicht zugelassen.

5. Besitzungen in der Südsee.

1. Deutsch-Neuguinea. Eine regelmäßige Verbindung mit dem alten Schutzgebiet hat auch bis jetzt noch nicht wieder hergestellt werden können, doch steht nach den neuerlichen Erklärungen der englischen Regierung zu erwarten, daß kurze Mitteilungen, die sich auf rein private und geschäftliche Angelegenheiten beziehen und der Zensur unterliegen, über neutrale Länder mit dem Schutzgebiet ausgetauscht werden können. — Nach den wenigen hierher gelangten Nachrichten kann angenommen werden, daß die öffentliche Ruhe im Schutzgebiet auch weiterhin nicht gestört worden ist. Dagegen hat die australische Besatzungsbehörde leider wieder eine Anzahl Bewohner des Schutzgebietes unter der zweifellos jeder tatsächlichen Grundlage entbehrenden Beschuldigung, daß sie versucht hätten, die Eingeborenen gegen die Engländer aufzuwiegeln, nach Australien transportieren lassen. — Eine Zeitlang, nämlich vom 23. Juli bis 10. September v. J., war durch eine besondere Verordnung das Kriegsrecht für das Schutzgebiet proklamiert.

Auch aus dem Inselgebiet sind nur indirekt Nachrichten hier eingegangen. An Deutschen sind mit wenigen Ausnahmen zurzeit nur noch Missionare dort ansässig. Ihrem Wirken haben die japanischen Besatzungsbehörden offenbar ernste Hindernisse nicht in den Weg gelegt. Dagegen sind die Klagen, daß die Japaner die einzelnen Inseln vom Verkehr mit der Außenwelt und unter sich so gut wie abgeschlossen haben, sodaß zum Teil erhebliche Knappheit an Nahrungsmitteln eingetreten ist, noch nicht verstummt. Es sind von hier aus Schritte eingeleitet worden, um Abhilfe zu schaffen.

2. Samoa. Die völlig hermetische Abschließung des Schutzgebiets von der Außenwelt dauert immer noch fort, sodaß man über die Vorgänge dort so gut wie ganz auf Zeitungsnachrichten angewiesen ist. Die Bemühungen einen Postverkehr, wenigstens in gleichem Umfange, wie er mit Neuguinea in Aussicht steht, zustande zu bringen, werden aber fortgesetzt. Seit die Besatzungsgruppe in Samoa aus durchweg älteren Leuten besteht, sind von dort Klagen über Ausschreitungen der Soldaten nicht mehr bekannt geworden. Wie in Neuguinea, so zeigt aber auch hier die Verwaltung offenbar das Bestreben, die deutsche Bevölkerung nach Möglichkeit aus dem Lande zu schaffen. Nicht nur die unverheirateten Beamten, sondern auch die Ansiedler bringt die Besatzungsbehörde außer Landes.

Zu erwähnen ist noch, daß die neuseeländische Besatzungsbehörde aus leicht durchsichtigen Gründen beschlossen hat, die seinerzeit nach den Marianneninseln verbannten Samoaner wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Sie sind nach den vorliegenden Nachrichten auch bereits in Apia angekommen.

Die samoanische Zeitung vom 27. November 1915 em

Zeichnet die Kriegsanleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu **98.50**

oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu **95.**

Die Kriegsanleihe ist

das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparer

sie ist zugleich

die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsere Feinde

die jeder **zu Hause** führen kann und muß

ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von **Hundert Mark**

bis zum 20. Juli 1916 zahlbar

ermöglicht **Jedem** die Beteiligung.

Man zeichnet

bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungsgesellschaften, den Kreditgenossenschaften

oder

bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen. 7295

Landesbibliothek Oldenburg

hält die Nachricht, daß ein neuer Kulitransport aus China in Aussicht genommen ist. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß der Pflanzungbetrieb auch während des Krieges nach Möglichkeit aufrechterhalten und fortgeführt wird.

Die rumänischen Universitäten im politischen Kampfe.

TK. Der Telegraf meldet den Rücktritt des deutschfreundlichen Rektors der Universität in Jassy. Ueber die Vorgeschichte berichtet unser Bukarester Mitarbeiter unter dem 25. Februar: Die beiden rumänischen Universitäten in Bukarest und Jassy besitzen zwar nicht allzu großen Ruhm im Hervorbringen von Gelehrten, umsomehr sind sie darauf bedacht, im politischen Leben des Landes eine Rolle zu spielen. Mit einer Selbstverständlichkeit greifen hier Lehrkörper und Studentenschaft in den politischen Kampf des Tages ein und bedienen sich hierbei der Universitäten als Kampfmittel, als ob diese keinen anderen Zweck hätten. Es entspricht daher nur ihrer politischen Tradition, andererseits auch der Kampfesweise der Russophilen, denen nichts zu hoch ist, um „neutral" bleiben zu dürfen, daß die beiden rumänischen Hochschulen den tätigsten Anteil an dem Kampfe zwischen Russo- und Germanophilen nehmen.

Noch der Parteinahme der Lehrkörper ergibt sich hierbei eine Verschiedenheit in der Stellung der Bukarester und Jassyer Universität. Erstere war bis zu diesem Lehrjahre unter der Führung des Rektors Thoma Jonescu, eines Bruders des Herrn Take Jonescu, eine Machtposition der Russophilen, die sie auf alle mögliche und unmögliche Weise ausnützten. Ebenso wie sie aus der größten kulturellen Institution der Rumänen alle Länder, aus der „Liga Culturala", ein Instrument des Kampfes für den Krieg auf russischer Seite machten, betrachteten sie auch die Bukarester Universität als die ihrige. Der Rektor ergänzte als Diktator an der Spitze seiner Professoren und Studenten die Politik seines „größeren" Bruders in den Kreisen der Intellektuellen in der wirksamsten Weise.

Unter dessen hohem Rektorat schien in der Universität kein anderer als der russische Geist zu walten. Alles, was sich gegen diese herrschende Strömung bemerkbar machte, wurde als auf „fremden" Einfluß zurückführbar, als schädlich und verräterisch abgestoßen und gewaltsam unterdrückt. So wurde vergangenen Sommer der Versuch einiger Studenten, einen russisch-feindlichen Verein ins Leben zu rufen, im Keime erstickt. Eine hochnotpeinliche Untersuchung des russophilen Senates erachtete es als „festgestellt", daß diese Studenten zum Zwecke der Vereinsgründung einige Hundert Lei von deutsch-freundlichen Politikern angenommen hatten und — draußen waren sie.

Die andere Universität Rumänien, in Jassy, der zweiten Hauptstadt des Landes, war in ihrer politischen Stellung bis jetzt der Bukarester Universität gerade entgegengesetzt. Rektor der Universität ist der Deputierte Stere, ein beßarabischer Rumäne, der jetzt den Moment für gekommen erachtet, um das rumänische Nationali gegen Rußland zu verwirklichen. Herr Stere ist einer der wenigen liberalen Politiker, die den rückhaltlosen Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte verlangen. Seine letzte Rede in der Kammer, in der er — mit so viel Liebe für die Befreiung Beßarabiens (unter dem Gebeul der Russophilen) sprach, ist auch durch die deutsche Presse gegangen. Mit Herrn Stere ist auch die Mehrheit des Jassyer akademischen Senates, wie denn überhaupt in der Moldau ein antirussischer Wind weht. Gegen ihn agitieren einige Professoren energisch und unverdrossen. Ihnen kann es aber jedenfalls nicht gelingen, aus der Jassyer Universität das zu machen, was sie aus der Bukarester gemacht haben — einen Herd der russophilen Agitation.

Es findet daher ein Kampf zwischen den beiden rumänischen Universitäten statt, nicht etwa wie in den schönen alten Zeiten ein Gelehrtenstreit zwischen zwei Lehranstalten, sondern — ein Streit um — politische Tagesfragen. Entsprechend dem profanen Kampfobjekt sind auch die Waffen des Kampfes nicht im Arsenal der hohen Wissenschaften geschmiedet. Die Russophilen aus der sogenannten „Gelehrtenwelt" vielmehr peinlich darauf bedacht, ihren Freunden, den Berufspolitikern, im guten Ton gleichzukommen. Um ein Beispiel für viele zu nennen Der Rektor der Bukarester Universität, Herr Thoma Jonescu, offeriert in seiner Zeitung Actiunea seinen Jassyer Kollegen Herrn Stere für dessen deutschfreundliche Gesinnung eine Trocht Prügel. . .

So sahen die Verhältnisse die ganze Zeit hindurch beim Ausbruch des Krieges bis zum neuen Lehrjahre aus. Zu Beginn dieses Lehrjahres änderte sich die Lage auf der Bukarester Universität zu Ungunsten der Russophilen. Denn Herr Thoma Jonescu kann nunmehr nicht als Rektor seine seine Hetze treiben. Der akademische Senat, der bei Besetzung des Rektorstuhles nur ein Präsentationsrecht hat, schlug dem Unterrichtsministerium drei Kandidaten vor, von denen dieser den Nichtpolitiker wählte (außer diesem waren noch Herr Thoma Jonescu und ein anderer Russophile vorgeschlagen).

Alles Geschrei der Russophilen in der Presse gegen diesen „Gewaltakt" der Regierung war vergebens. Hatte doch die Regierung nichts anderes getan, als von ihrem Rechte, einen der vorgeschlagenen Kandidaten zu ernennen, Gebrauch gemacht. Sieht man von der politischen Gesinnung des gewesenen Rektors ab und beurteilt man ihn blos nach seinen persönlichen Qualitäten, so wird man einer Universität wohl einen besseren Rektor wünschen können. Herr Thoma Jonescu, der jetzt eine so patriotische Sprache führt, ist nämlich derselbe, der als bester Chirurg des Landes gerade im bulgarischen Feldzug von 1913 dem Lande seine ärztliche Hilfe vorenthielt, weil — es eben bequemer war, weit vom Schauplatz der Muße zu leben. Daß gegen ihn in offener Parlamentssitzung verschiedene schwere Beschuldigungen in Betreff der Verwaltung von Spitalsvermögen erhoben wurden, sei nur nebenbei bemerkt. Aus welchen Gründen sich das Unterrichtsministerium zur Entfernung des Herrn Thoma Jonescu vom Rektorat entschloß, ist Nebensache — Hauptsache ist, daß heute die Bukarester Universität nicht mehr unter russophiler Führung steht.

Das mußte gerächt werden, und zwar an der Jassyer Universität mit ihrem deutschfreundlichen Rektor. Gelegenheit dazu war bald gefunden. Der deutschfreundliche Professor Arion meldete an der Jassyer Universität einen allgemeinen Vortrag außerhalb der Kurse an. Die russophilen Professoren und Studenten, allen voran der „demokratische" Professor Cuza, setzten alles dran, um von ihrer Universität diese „deutsche Gefahr" abzuwenden. Es kam zu turbulenten Szenen, Herr Arion wurde an der Abhaltung seines Vortrages verhindert. Nun wurde eine Untersuchung eingeleitet, die die Maßregelung mehrerer Studenten zur Folge hatte. Es geschah also in Jassy ähnliches wie einige Zeit vorher in Bukarest; hier wurden Studenten wegen deutschfreundlicher Betätigung, dort wegen russophiler Radaulzenen hinausgeworfen.

Was aber in Bukarest ohne viel Geräusch ablief, wurde in Jassy zu einer Haupt- und Staatsaktion gemacht. Die Russophilen sahen den Moment gekommen, um dem verhaßten Rektor den Stuhl vor die Tür zu setzen und es begann ein Kesseltreiben gegen ihn wie nie zuvor.

Es gelang, den größten Teil der Studenten zum Streik zu bewegen. Auf der Jassyer Universität werden gegenwärtig keine Vorlesungen abgehalten, weil sich die Studenten mit ihren relegierten Kollegen solidarisieren und die Bukarester Studentenschaft trat ebenfalls für einige Tage in den Streik, um das Vorhaben ihrer Kommilitonen aus Jassy, ihren Rektor hinaus zu bugsieren, nach Kräften zu unterstützen.

Zu den verschiedenartigen Krisen, die in Rumänien auf allen Gebieten des werktätigen Lebens mit dem Weltkriege hereingebrochen sind, gesellt sich nun auch die Studentenkrise. Große Aufregung ruft sie allerdings im Volke nicht hervor. Denn ob nun die jungen Herrchen in den Lehrsälen gähnen oder auf der Aula Lärm schlagen, kann allen ziemlich gleichgültig sein. Man liest heute in der Zeitung, daß gestreikt wird und regt sich darüber nicht im geringsten auf, wird morgen von Beilegung des Streikes lesen — ohne besondere Freude darüber zu empfinden. Daß aber der Plan der Russophilen, Herrn Stere vom Rektorat gewaltsam zu entfernen, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht glücken wird, wird am allerwenigsten irgend wen aufregen. Sich über das Fehlschlagen von russophilen Unternehmungen zu wundern, das haben die Rumänen schon längst verlernt.

(Trotzdem ist es inzwischen gelungen, den Rektor zum Rücktritt zu bewegen. Die Redaktion.)

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen. Die Konferenz für die Reichstagswahlkreise München 1 und 2 nahm nach eingehender Diskussion mit Zweidrittel-Mehrheit folgende Resolution an:

Die Konferenz für die Reichstagswahlkreise München 1 und 2 erklärt sich einverstanden mit dem Gedanken der Landesverteidigung und der Sicherung des Reiches, der in der Abstimmung vom 4. August 1914 und in der späteren Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck kam.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß es sich bei diesen Abstimmungen weder um ein Vertrauensvotum für eine Regierung, noch um ein Entgegenkommen gegen die bürgerlichen Parteien handelt, sondern um die Lebensinteressen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Konferenz bedauert daher das Verhalten der Minderheit der Reichstagsfraktion am 21. Dezember 1915, weil es die Geschlossenheit der Partei stört und dadurch der Einfluß der Partei auf die Entscheidungen der inneren und äußeren Politik geschädigt werden kann und weil durch dieses Auseinanderfallen die Werbekraft der Partei gehemmt wird.

Die Konferenz verurteilt auf das allerentschiedenste die unsachliche und persönliche Art, in der auch in dieser Frage von Parteigenossen gegeneinander gekämpft wurde und verlangt von den Parteiinstanzen, daß diesem unsachlichen Kampfe sowie den Spaltungsbestrebungen entschiedener als bisher entgegengetreten wird. Die Konferenz beauftragt den Parteivorstand, wie bisher mit allen geeigneten Mitteln auf die Beendigung des Krieges hinzuwirken und trotz des bedauerlichen Verhaltens namentlich der Mehrheit des französischen sozialistischen Parteitages, wieder internationale Fühlung zu suchen.

Feuilleton.

Friedemann Bach.

Roman von H. C. Brachvogel

134)

Der Alte stand vom Klavier auf. Tiefe Röte überflog sein trübes Antlitz, das vor Bewegung zitterte, und mit dem Ausdruck tiefster Schüchternheit und Scham trat er dicht zu Naumann.

„Ich muß wohl meines Vaters Stücke doch am besten kennen."

„Friedemann Bach!" schrie Naumann auf.

„Er ist es doch, das ist also der Verlorene!" murmelte Plümike.

„Ja, ich bins! — Das ist mein Stolz, aber auch mein Elend!"

Mit dem Ausdruck tiefsten Schmerzes preßte er die Hände vors Gesicht.

Die Gestalt des stolzen, groben Naumann im brokatnen Schlafrock krümmte sich zusammen. Ein paar Tränen perlten ihm nieder und der berühmte Komponist bückte sich tief, nahm die Hand des greisen, bettelhaften Friedemann und drückte sie an seine Lippen.

„Erlauben Sie mir, Herr Bach, daß ich Ihnen im Staube danken darf. Was ich geworden bin, ward ich durch Sie, durch das hohe Beispiel, das Sie mir gaben. Erinnern Sie sich wohl in Dresden des Bauernjungen, der immer auf den Chor kam, um Sie zu hören, des armen Tölpels, dem Sie wohlwollten, der Sie besuchen durfte und dessen roheste Anfänge Sie ermunterten? Gott, du Ewiger und Unerforschlicher! Du führst uns doch wunderbare Wege! Das, Plümike, ist der erste Musiker, der noch auf Erden lebt, keiner war größer als sein Vater!"

„Ich erinnere mich deiner sehr wohl, Naumann. Du bist ein tüchtiger Kerl geworden und mich freuts, daß dir der Hochmut nicht gar so ins Gehirn gestiegen, daß du meiner vergessen. Wenn diese Tränen nicht Lüge sind, so bitte ich dich und den Herrn Theaterdichter da auch, daß ihr aus Ehrfurcht vor meinem seligen Vater, aus Mitleid mit meiner Lage gegen jede lebende Seele schweigt, daß ein elender, vergrämter Kerl, wie ich, der Sohn des großen Sebastian ist. Es gibt ein Ding, das heißt man Scham, und seit ich Lumpen trage, habe ich meinen ehrlichen Namen abgelegt. Sollte Gott mir jemals, trotz meines Alters, vergönnen, daß ich ein Werk schaffe, welches so entzückt, daß alle Welt fragt: wer ist der Komponist? — Dann werde ich sagen: ich bins, Bachs Sohn! Solange aber will ich ein Bettler bleiben, und Fluch und Verdammnis dem ehrlosen Hunde, der verrät, daß Friedemann noch atmet!"

„Bei meiner Seligkeit, nie, mein Meister!" rief Naumann.

„Nie!" beteuerte Plümike.

„Darf ich denn aber nicht fragen," flüsterte Naumann, „ob ich irgend imstande bin, hochgeehrter Herr Bach, Ihnen zu dienen, um meinen Dank für das, was Sie mich einst gelehrt, abzustatten?"

„Almosen?" schrie Friedemann.

„Nein, nein! O, wo denken Sie hin! Meine Dienste nur, Herr Bach!"

„Ich dank' Euch schön, Naumann. Jetzt nicht. Der Meister darf sich vom Schüler nicht protegieren lassen. Um Euch aber nicht wehe zu tun, will ich Euch sagen lassen, wenn ich einmal krank bin und mir gar nicht mehr helfen kann. Wenn Ihr aber meinen Namen verschweigt, will ich Euch noch auf dem Totenbette liebhaben!"

„Soll ich denn meinen Gönner nicht wiedersehen? Wollen Sie mir denn die Ehre nicht antun, mich wieder zu besuchen, oder verstatten, daß ich zu Ihnen kommen darf?"

„Zu mir? Hahaha, in das Hundeloch? Nein, nicht einmal wissen sollt Ihr, wo ich stecke. Aber kommen will ich hin und wieder — wenn Ihr allein seid, heißt das. Sonst nicht! — Lebt wohl!"

„O, leben Sie tausendmal wohl, Herr Bach, und gedenken Sie Ihres Schülers, der Ihnen so gern dienen möchte!"

Und der reiche Naumann geleitete den armen Friedemann mit scheuer Ehrfurcht bis zum Hausflur.

Plümike stand sinnend. Er ahnte nun den Zusammenhang des Geheimnisses, und ein plötzlicher Gedanke, wie dem Sohne Bachs zu helfen sei, zuckte durch seine Seele.

„Naumann, ich habe einen Gedanken! Ihm nach, in einer Stunde komme ich wieder!"

Plümike eilte hastig hinab und traf Friedemann gerade noch, als er über die Jägerbrücke schritt.

„Ein paar Worte noch, geehrter Herr. Ich habe die Idee, eine Art Oper oder besser ein musikalisches Drama zu schreiben. Darf ich mir anmaßen, Sie um ihre Beurteilung des Plans zu bitten? Vielleicht wären Sie geneigt, die Komposition zu übernehmen und ich hätte die Ehre, meine schlichten Verse durch Sie gekrönt zu sehen?"

Friedemann Bach stand still. Eine stolze, selige Verklärung spielte um seine Züge.

„Ha, das ist gut! Das ließe sich hören!" Dann aber mißtrauisch zurücktretend, betrachtete er den Poeten. „Und was wollen Sie auf den Zettel setzen bei der ersten Aufführung?"

„Lasus und Lydie, dramatische Oper vom alten Musiker, Text von Plümike."

„Das ist was anderes! — Lasus und Lydie! Hum! — Gut denn, wo wohnen Sie?"

„Behrenstraße 57."

„Morgen nachmittag komme ich. Ich finde Sie allein und Sie schweigen über die Geschichte. — Ich will ein namenloser Bettler bleiben bis nach der Aufführung von Lasus und Lydie. Guten Morgen!"

— — — — — — — — — — — — — —

Plümike hielt reinen Mund, er ging zu Naumann zurück und sagte, Friedemann habe ihn abgewiesen!

— — — — — — — — — — — — — —

15. Kapitel.

Die unbekannte Oper.

Die wenigen herben Worte, welche Friedemann unter den Fenstern der Dame Eichstädt ausgerufen, hatten genügt, dieselbe in der Ueberzeugung zu bestärken, daß Friedemann noch lebe. Ihre Anstrengungen, ihn wiederzufinden, waren gleichwohl fruchtlos gewesen, denn man kannte ihn nur unter einem Namen, der kein Name ist, und selbst die polizeilichen Nachweise waren sehr lückenhaft und ungenau, so daß ein armer Teufel sterben und verderben konnte, ehe man hinter seinen Aufenthalt kam, zumal, wenn er, wie Friedemann, wiederum bei Leuten einwohnte.

Als Antonie zu Trotha das Verhältnis Friedemanns zu Astrua und zwar in der übertriebenen Darstellung des damals verdrängten Nebenbuhlers Emanuel, seines Bruders, erfuhr, hatten Haß und Verachtung den letzten Rest der Zuneigung ertötet, die sie dem Jugendgeliebten bisher gewidmet. Durch Friedrich von Eichstädts warme Neigung gefesselt, schloß sie um so williger mit ihm den Ehebund, als sie in den alten Eichstädts wahrhafte Eltern gefunden und selbst ihr Pflegevater Brühl die Verbindung gern gesehen hatte. So genoß sie in einer langen Reihe von Jahren des ungetrübtesten häuslichen Glückes, und inmitten ihrer neuen Verhältnisse verschwand ihr selbst jegliches Andenken an Friedemann, der indessen, ein wandernder Musikant, bald zerlumpt und hungrig, bald wohlhabend und verschwenderisch, aller Herren Länder durchzog.

Landesbibliothek Oldenburg

Von der Reichstagsfraktion erwartet die Konferenz, daß sie noch nachdrücklicher als bisher in voller Geschlossenheit die Beseitigung der aufgezeigten Mißstände in der Sicherstellung des Lebensbedarfs rücksichtslos erkämpft, damit dem herrschenden Spekulantenwesen und dem landesverräterischen Wucher schonungslos das Handwerk gelegt wird.

Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Probleme, die dieser Weltkrieg gerade der arbeitenden Klasse stellt, erachtet die Konferenz ein einiges, geschlossenes, vom Geiste beiderlicher Demokratie getragenes Handeln aller verantwortlichen Parteistellen und Parteimitglieder für ebenso unbedingt erforderlich, wie eine rastlose Werbearbeit aller für unsere Organisation und Presse.

Der 5. Berliner Kreis zur Fraktionshaltung. In einer am Sonntag den 5. März 1916 stattgefundenen Funktionärkonferenz des 5. Kreises wurde nach einem eingehenden Referat des Abgeordneten des Kreises, Genossen Robert Schmidt, und einem Korreferat des Genossen Ledebour, woran sich eine ausgedehnte Diskussion anschloß, nachfolgende Resolution mit 45 gegen 30 Stimmen angenommen:

„Die Funktionärkonferenz des 5. Kreises erklärt sich mit der Abstimmung der Zwanzig im Reichstag einverstanden. Sie stehen nach wie vor auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse von Dresden, Nürnberg und Magdeburg und erkennen keiner Parteiinstitution oder Körperschaft das Recht zu, Parteigrundsätze willkürlich auszulegen oder abzuändern. Die Konferenz erwartet im Interesse eines . . . . bei den kommenden Etatsabstimmungen im Reichstage, den Abgeordneten des Kreises auf seiten der Ablehner zu sehen. Ferner erklärt sie sich mit einer Zukunftspolitik, wie sie von seiten verschiedener Vertreter der Generalkommission und der Partei gefordert und gefördert wird, das heißt einer Politik, die den bisherigen sozialdemokratischen Anschauungen und Prinzipien entgegenstehen, nicht einverstanden. Sie fordert von ihrem Vertreter im Reichstage weiterhin ungeschwächten Kampf . . . und nicht . . . Aufgabe sozialdemokratischer Grundsätze und Forderungen.

Aus dem Lande.

Strafkammer.

c. Oldenburg, 8. März.

Der Hang zur Musik hat die Frau R. in Rüstringen auf die Anklagebank gebracht. Auf den Namen eines Mitbewohners kaufte sie eine Zither von auswärts, da sie fürchten mußte, daß man sie ihr nicht kreditieren würde. Wegen versuchten Betruges und Urkundenfälschung erhielt sie eine Woche Gefängnis.

Einen Pferdediebstahl, der an Frechheit seines gleichen suchen dürfte, beging Anfang Februar der erst am 8. März 1915 aus dem Zuchthaus entlassene Arbeiter Gerhard Heinrich D. aus Cloppenburg. Er hatte in dem Orte Cappeln gearbeitet und war dort deshalb ortskundig. Er kaufte sich zwei Halfter, begab sich nach den Ländereien der Pferdezüchterin Frau Neuschen in Cappeln, fing dort zwei Pferde im Werte von 4000 Mark ein, verlud sie am nächsten Morgen in Ahlhorn nach Oldenburg, stallte sie dort im Neuen Hause auf und verkaufte sie an den Pferdehändler Mohrmann zu Oldenburg für 2900 Mark. Die Strafkammer verurteile ihn in eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren und spricht ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren ab.

Eine eigenartige Urkundenfälschung brachte das schon bejahrte, in Ehren grau gewordene Ehepaar Arbeiter Br. aus Streekermoor auf die Anklagebank. Sie hatten ihrer Schwiegertochter, deren Mann im Felde ist, 40 Mark geliehen unter der Bedingung, daß das Geld von der demnächstigen monatlichen Unterstützung zurückgezahlt werden solle. Als nun zu Beginn des nächsten Monats eine Rückzahlung nicht erfolgte, und die beiden Alten selbst in Not waren, schrieb Frau Br. eine Vollmacht im Namen der Schwiegertochter aus, und Br. ließ sich darauf von der Gemeinde Osternburg die Unterstützung auszahlen. Die Strafkammer erkennt auf die niedrigsten Strafen, 1 Woche bzw. 2 Tage Gefängnis, gibt den Verurteilten aber die Einreichung eines Gnadengesuchs anheim.

Dem zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilten Hermann Völkers aus Seefeld war es gelungen, in der Gegend von Visbek, wo er mit mehreren anderen Sträflingen Landarbeiten zu verrichten hatte, zu entweichen. Er verübte dann eine Reihe von Diebstählen, bis er wieder gefaßt wurde. Seine Strafe wird um 2 Jahre 1 Monat verlängert.

Bei einem Landmann in Neuloh bei Barßel wurden gelegentlich einer Haussuchung vom Gendarmen 75 Pfund Roggen im Alkoven versteckt vorgefunden. Gegen die betr. Eheleute wird auf je 50 Mark Geldstrafe erkannt.

* * *

Schortens. Zur Achtuhrladenschluß-Bewegung in der hiesigen Gemeinde hat das Ministerium folgende Bekanntmachung erlassen: Nachdem zahlreiche beteiligte Geschäftsinhaber die Einführung des Achtuhrladenschlusses ausschließlich der Sonnabende, der Vorabende der gesetzlichen Festtage und der 14 Werktage vor dem Weihnachtsfeste für die offenen Verkaufsstellen der Gemeinde Schortens beantragt haben, wird zur Feststellung, ob die erforderliche Zweidrittelmehrheit (§ 139 f Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung) für den Antrag vorhanden ist, der Amtshauptmann Mücke in Jever gemäß § 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. Januar 1902, betreffend das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit (Reichs-Gesetzbl. S. 38) zum Kommissar bestellt.

Oldenburg. Abgebrannt ist das Anwesen des Landmanns Schmalriede in Friedrichsfehn. Das Eingut und das Inventar ist zum großen Teil dem Feuer zum Opfer gefallen und ist der Schaden, den Schmalriede erlitten hat, sehr groß. Ueber die Entstehung des Feuers ist nichts bekannt.

— Der Jahresabschluß der Landesversicherungsanstalt Oldenburg von 1914 hat folgendes Ergebnis:

	Einnahme ℳ	Ausgabe ℳ
1. Versicherungsbeiträge . .	1 229 857,18	13 026,31
2. Zinsen	400 594,70	16 603,94
3. Miete für Grundbesitz und bewegliche Einrichtung . .	14 256,66	1 863,83
4. Strafgelder	2 206,26	—,—
5. Renten	691,42	559 544,23
6. Einmalige Leistungen . .	—,—	1 272,48
7. Heilverfahren	78 990,39	231 855,15
8. Invalidenhauspflege . . .	20 796,89	42 504,12
9. Mehrleistungen	—,—	7 949,33
10. Allgemeine Verwaltung . .	10 809,57	61 234,93
11. Kosten der Rentenfestsetzung	—,—	4 945,48
12. Berufungskosten	—,—	1 320,—
13. Beitragsverfahren und Ueberwachung	277,89	19 721,47
14. Sonstige Einnahmen und Ausgaben	8 206,27	—,—
15. Vermögensanlagen . . .	227 789,28	1 730 998,91
	2 024 476,01	2 692 930,18

Vermögensbestand am 31. Dezember 1914: 11 260 762,47 ℳ

Varel. Ein Speck-, Schinken- und Büchsenfleisch-Verkauf wird seitens der Stadt im Sparkassengebäude an der Rathsallee abgehalten und zwar am Sonnabend vormittag von 8 Uhr an für die Buchstaben A bis F, nachmittags von 2 Uhr an für die Buchstaben G bis K. Am Montag vormittag für die Buchstaben L bis R, nachmittags für die Buchstaben S bis Z. Für den Verkauf finden die Höchstpreise Anwendung. Es wird voraussichtlich wohl für die nächste Zeit der letzte Verkauf seitens der Stadt sein.

Zwischenahn. Eine Kuh requiriert haben in Friedrichsfehn zwei beurlaubte Feldgrau. Sie hatten sie nach hier gebracht und sollte sie nach Wilhelmshaven gebracht werden, um den knappen Proviant dieser Festung an Fleisch und Fett zu vermehren. Für solche Kriegsscherze hatte man hier aber kein Verständnis. Die Kuh wurde den beiden Kriegern abgenommen, diese aber wanderten ins Gefängnis. Es soll untersucht werden, ob der „Spoß", den sie sich angeblich gemacht haben, nicht als bitterer Ernst angesehen werden muß.

Brake. Aus dem Stadtrat. Die letzte Versammlung des Gesamtstadtrates bewilligte für den Haushaltsplan von 1915/16 für das Elektrizitätswerk 10 250 Mk. nach. Für den Haushaltsplan von 1916/17 wurden weitere 14 700 Mk. gleichfalls für das Elektrizitätswerk vorgesehen. Es handelt sich dabei um die Beschaffung von Kohlen, Zählern und um die teilweise Erneuerung der Lichtbatterien. Beschlossen wurde auch, daß der Stadtkämmerer Braun zur alleinigen Abhebung von Bankguthaben berechtigt sein soll, sowie daß vorübergehend Gelder der Sparkasse bis 50 000 Mark bei einer sicheren Bank ohne besondere Sicherheitsleistung belegt werden können. Wegen der Wiedereinführung der früheren Kassenstunden der Sparkasse von 9 bis 12 Uhr morgens und von 4 bis 7 Uhr abends ist das Geschäftszimmer des Versorgungsausschusses nach dem Hause Ecke Linden- und Brückenstraße verlegt worden. Dann fand die Wahl von Mitgliedern des Amtsrates statt. Es waren 11 Mitglieder und 11 Ersatzmänner zu wählen. Unter den letzteren befindet sich unser Parteigenosse Schiffszimmermann Jordan.

Nordenham. Eine Revision der Geschäfte, die Fleisch- und Wurstwaren verkaufen, soll demnächst hier stattfinden. Es soll sich dabei darum handeln, ob sie die Preisverzeichnisse, die sie zu führen verpflichtet sind, auch wirklich ordnungsmäßig führen.

— Der seit dem 6. d. M. vermißte Koch Franke vom Schleppdampfer Pegu hierselbst, wurde heute als Leiche in dem hiesigen Fischereihafen gefunden. Der kaum 17 Jahre alte Verunglückte begab sich an Land, um Proviant zu kaufen, und kehrte nachts kurz nach 12 Uhr zurück. Um an Bord zu gelangen, mußte er vom Pier aus über drei Leichter hinweg. Infolge der Nässe und der glatten Decks wird er ausgeglitten und ins Wasser gefallen sein.

Kiel. Aus dem Stadthaushalt. Aus dem Etat, wie er vom Magistrat an das Stadtverordnetenkollegium gebracht worden ist, sei noch folgendes, das von allgemeinem Interesse ist, erwähnt. Die Stadtverwaltung wird im neuen Rechnungsjahr das Versorgungsgebiet der ehemaligen Gaardener Gasanstalt übernehmen und damit auf eine Gesamtgasabgabe von 24 500 000 Kubikmeter Gas kommen gegen rund 19 Millionen im Vorjahr. Die vom Elektrizitätswerk der Stadt abzugebende Strommenge ist

---

Friedemann, dessen Liebe zu Antonien noch viel früher, wie wir wissen, erkaltet war, der ihr nie verzeihen konnte, daß sie sich seines Elends auf dem Königstein nicht angenommen hatte, und fest der Meinung war, sie schäme sich seiner, haßte und verachtete sie um so mehr, als er in ihr allein die erste Ursache seines ganzen künstlerischen und menschlichen Unglücks sah.

Unter den Zigeunern verlebte er eigentlich die Rosenzeit seines Lebens und genoß eine Seligkeit der Liebe, die ihm in Towadeis Armen nie enden zu wollen schien. Beide, Antonie wie Friedemann, standen hier auf dem Höhepunkt ihrer Trennung, sie befanden sich gegenseitig in positiver Untreue und zwar mit vollem Bewußtsein!

Als Friedemann nun auch von Towadei gerissen wurde und sein Wanderleben wiederum begann, blieb ihm die alte Sehnsucht nach dem verlorenen Glück des Zigeunerlebens, aber um so tiefer und mit Jahren im stärker wachsend grub sich der Haß gegen Antonie in seine Brust. Jedes neue Unglück, das ihn traf, wälzte er, weit entfernt, in sich selber die Hauptschuld aufzusuchen, auf Antonie, als den Urgrund seines trüben Geschickes, zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Zeuge Bismarck.

Der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, Professor Hans Delbrück, ist gewiß ein genauer Kenner des Staatsrechts und seine staatstreue Gesinnung ist nicht anzuzweifeln. Das gibt das konservativ-agrarische Hauptorgan, die Deutsche Tageszeitung, auch durch den Versuch einer eingehenden Widerlegung der von Hans Delbrück verfochtenen Ueberzeugung zu, wonach die Landtage der Einzelstaaten des deutschen Reiches in die auswärtige Politik des Reiches nicht hineinzureden haben.

Wir wollen diese Frage selbst nicht entscheiden; ob sie lediglich durch das Heraufbeschwören länger zurückliegender Aeußerungen von Ministern und Parlamentariern zu lösen ist, will uns auch fraglich erscheinen, denn — um ein Wort aus einer preußischen Thronrede zu gebrauchen — „die Entwicklung steht nicht still". Die Reichsverfassung sagt nichts über ein Recht der einzelstaatlichen Landtage auf dem Gebiet der Reichspolitik; man stützt sich auf die Verantwortlichkeit der Staatsregierungen gegenüber den Landtagen, die sich auch auf die Haltung dieser Regierungen im Bundesrat erstrecke. Wenn es aber richtig ist — was Prof. Delbrück gleichfalls behauptet — daß auch der Bundesrat in der auswärtigen Politik nicht mitzubestimmen habe, diese vielmehr ausschließlich Sache des Kaisers, also des Reichskanzlers und (im Rahmen von dessen Verantwortlichkeit) auch des Reichstages sei, so würde die Verantwortlichkeit der Bundesregierungen für ihre Tätigkeit im Bundesrat natürlich auch kein Kontrollrecht der Landtage in der auswärtigen Politik begründen.

Doch lassen wir das einstweilen und sehen wir uns die Gegengründe der Deutschen Tagesztg. an. Sie stützt sich ganz auf Aeußerungen des Fürsten Bismarck, von denen die jüngste 13 Jahre zurückliegt. Es ist das eine Rede, die der aus dem Amt Geschiedene im Juli 1893 an — eine Abordnung aus dem Fürstentum Lippe hielt.

Fürst Bismarck hat nach seiner Dienstentlassung und insbesondere in den Jahren bis zur Wiederanknüpfung der persönlichen Beziehungen zwischen ihm und dem Kaiser viele Reden gehalten und viele Zeitungsartikel geschrieben oder veranlaßt. Zwar ist der dritte Band seiner Gedanken und Erinnerungen noch nicht erschienen und wir wissen auch nicht, ob wir ihn überhaupt erleben werden, aber auch so wissen wir aus vielen Mitteilungen, daß Fürst Bismarck in scharfer Opposition stand und daß er der damaligen Reichsleitung die Hölle heiß zu machen redlich bemüht war — ein Vorgehen, das aus menschlichen wie aus politischen Gründen durchaus begreiflich ist. War doch nicht nur er, der einst Allmächtige, sondern auch seine Politik verlassen; die Sozialdemokratie stand wieder unter dem gemeinen Recht, das Reich schloß Handelsverträge und es unterließ die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland.

Daß der Fürst, den seine Bewunderer allzu häufig aus der äußerlichen Ruhe von Friedrichsruh störten, sich gerade eine Abordnung aus Lippe (wir wissen nicht, ob es Schaumburger oder Detmolder waren, oder vielleicht gar Biesterfelder) zur Verkündung autoritativsten Verfassungsrechtes ausgesucht haben sollte, will uns nicht einleuchten.

Was hat er aber nun den Männern aus Lippe gesagt? Er hoffe, daß eine Diskussion der nationalen Interessen in den Landtagen und im Bundesrat das nationale Gefühl in wünschenswerter Weise in alle Poren dringen lassen werde. Und er erklärte es weiter als einen Irrtum, wenn Staatsrechtslehrer behaupteten, die Landtage seien dazu nicht berechtigt, sie seien immer befugt, das Auftreten ihrer Minister in bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern kundzutun.

Wie man sieht, spricht Bismarck zwar von der Reichspolitik, aber nicht gerade von der auswärtigen. Und es ist noch den ganzen Zeitumständen von 1893 durchaus wahrscheinlich, daß er mit jenen Aeußerungen nur eben auch in den Landtagen ein bischen Sturm gegen die Politik sagen wir Caprivis anblasen wollte.

Der Deutschen Tageszeitung entgeht es natürlich nicht, daß jedermann ihr entgegenhalten könnte, was wohl der Reichskanzler Bismarck gesagt und getan hätte, wenn von einzelstaatlichen Landtagen und Ministern aus versucht worden wäre, ihm in die auswärtige Politik hineinzureden. (Man kann es sich ungefähr denken!) Dem tritt das Agrarierblatt mit einer Erinnerung aus dem Jahre 1887 entgegen. Als damals der Reichstag das Septennat (die siebenjährige Bindung der Rekrutenbewilligung) ablehnte, erschien Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause und hielt als „preußischer Minister des Auswärtigen" eine Rede, worin er darauf hinwies, daß die Reichstagsmehrheit ihn hindere, die von den Einzelstaaten bei der Reichsgründung an Preußen abgetretene Vorsorge für die Landesverteidigung genügend ausüben zu können.

Es ist also auch hier nicht von der auswärtigen Politik die Rede, sondern von den Heeresrüstungen. Und da der preußische Landtag nun einmal mit der Bewilligung von Militärvorlagen nichts zu tun hat, so konnte Bismarcks Landtagsrede von 1887 gar keinen anderen Zweck haben, als die Tribüne des Landtages zu einem Appell an die Reichstagswähler zu benutzen, damit sie einen „besseren" Reichstag wählen, was ja denn auch geschah — nebenbei bemerkt unter Rechtszuständen, die den schärfsten Gegnern der Politik des Kanzlers jede öffentliche Werbetätigkeit sowohl wie die öffentliche Abwehr gegnerischer Angriffe unmöglich machten, was denn auch ebenso wie der Rückversicherungsvertrag mit Rußland zu der gegenüber den Lippern so betonten nationalen Politik gehörte.

Die Berufung der D. T. auf Bismarck scheint uns also nicht viel zu beweisen. Im übrigen richtet sich der Artikel gegen die Andeutung Delbrücks, daß Herr v. Heydebrand mit der U-Bootresolution des Staatshaushaltsausschusses innerpolitische Zwecke verfolgt hätte. Delbrücks Erinnerung an die Marokko-Debatte des Reichstags im Jahre 1911 wird entgegengehalten, daß die Entwicklung Herrn v. Heydebrand Recht gegeben habe — . . . . Man erinnert sich wohl noch jener letzten Sitzung des vorigen Reichstags (auch ihrer äußerlichen Vorgänge), in der Herr v. Bethmann dem konservativen Führer die Worte zurief: „Der Starke braucht das Schwert nicht immer im Munde zu führen!"

Landesbibliothek Oldenburg

für 1916/17 auf 6 806 000 Kilowatt geschätzt. Einen hübschen Einnahmeposten liefert die städtische Poudrettenanstalt (Kadaververnichtungsanstalt). Es wird aus diesem Kommunalbetrieb für 1916/17 ein Ueberschuß von 114 800 Mark errechnet. Davon sollen 40 000 Mark dem Reservefonds zugeführt werden. Vom Rechnungsjahr 1917 ab soll in den Reservefonds, der bereits auf 120 000 Mark angewachsen ist, nur das zugeführt werden, was 100 000 Mark übersteigt.

— **Die Vertrauensmänner der Werftarbeiter und die Kinderzulage.** Eine Vertrauensmännersitzung der Kaiserlichen Werft beschäftigte sich am Montag mit der Kinderzulage. Dieselbe ist durch einen Tagesbefehl des Oberwerftdirektors der Kaiserlichen Werft bekannt gegeben und soll vom 1. Februar an gewährt werden. Nach dem Tagesbefehl wurde die Kriegszulage dahin erweitert, daß die verheirateten, verwitweten und geschiedenen Arbeiter, sowie die verwitweten, geschiedenen und verehelichten Arbeiterinnen für jedes Kind unter 15 Jahren, dessen Unterhaltungspflicht ihnen obliegt, für jede nicht in Stücklohn gearbeitete Stunde, höchstens aber für 9 Stunden täglich, 1 Pfg. erhalten. Ein verheirateter Arbeiter beispielsweise mit 4 Kindern unter 15 Jahren, der an einem bestimmten Tage 6 Stunden in Zeitlohn gearbeitet hat, würde für diesen Tag erhalten 6×6 Pfg. + 4×6×1 Pfg. = 60 Pfg. Gesamtkriegszulage. Die erweiterte Kriegszulage wird von derjenigen Lohnperiode an gewährt, in die der 1. Februar 1916 fällt. Unter den gleichen Voraussetzungen wie für die Stundenlöhner erhalten vom 1. Februar 1916 ab auch die Monatslöhner und die auf Dienstordnung Angestellten für jedes von ihnen zu unterhaltende Kind unter 15 Jahren monatlich 3 Mk., am Schlusse zahlbar, für Zeiträume unter einem Monat erhalten sie täglich 10 Pfg. Verheiratete Arbeiterinnen und verheiratete weibliche Angestellte erhalten die erweiterte Kriegszulage nur dann, wenn sie infolge Arbeitsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend für den Unterhalt der Kinder zu sorgen haben. Sind beide Eheleute in Marinebetrieben beschäftigt, ist die erweiterte Kriegszulage, nur sofern sie für den Ehemann zuständig ist, zahlbar. Zum Schluß wurde in dem Tagesbefehl mitgeteilt, daß mit der Gewährung dieser Kinderzulage die Anträge der Stundenlöhner vom Oktober 1915 und der Monatslöhner vom September 1915 und der Büroangestellten vom November 1915 um Gewährung von Teuerungszulagen erledigt seien. In der Sitzung wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß man diese Zulage nicht als Teuerungszulage bezeichnen könne. Denn in Wirklichkeit stände die Sache so, daß es nur ein winziger Prozentsatz von Arbeitern sei, der nach dieser Bestimmung des Reichsmarineamts etwas bekäme, weil die Akkordarbeiter davon ja ausgeschlossen seien. Seit fünf Monaten hätten die Arbeiter auf Beantwortung dieser Eingabe für Teuerungszulage gewartet, und nun sei diese unzulängliche Kinderzulage gekommen. Da würde immer behauptet, daß die Arbeiter der Kaiserlichen Werft viel verdienten, in welcher Zeit sie den Verdienst erzielten, das würde nicht mit in Betracht gezogen, auch nicht, daß die Ueberstundenarbeit das Leben wesentlich verteure. Der Mehrverdienst, der durch die Ueberstundenarbeit in Wirklichkeit erzielt würde, stände in gar keinem Verhältnis zu den jetzigen Preisen für Lebensmittel. In einer allgemeinen Sitzung der Vertrauensleute von sämtlichen Werften soll weitere Stellung zu der ganzen Angelegenheit der Teuerung genommen werden.

Aus aller Welt.

Zwei Gerichtsurteile. Ein Dortmunder Bäckermeister ließ sich durch eine Familie, bei der Not am Mann war, drängen, ihr Brot ohne Brotmarken zu verabfolgen. Einer anderen Frau hatte er dasselbe Verlangen abgeschlagen, weil die Not weniger dringlich war. Darauf hat ihn diese Frau denunziert. Das Dortmunder Schöffengericht verurteilte den Bäckermeister wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung zu 300 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte nur 150 Mark beantragt. — Der Landwirt Möllmann aus Niederraden (Kreis Hamm) war vom Schöffengericht in Hamm zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden wegen Verfütterung beschlagnahmter Getreidevorräte. Gegen das Urteil legte Möllmann Berufung ein, so daß sich die Dortmunder Strafkammer mit der Sache zu befassen hatte. Hier redete der Angeklagte von einem Mißverständnis; er habe geglaubt, er müsse die Hälfte des Getreides für den Kommunalverband aufheben. 16 Zentner seines Getreides habe er gedroschen und verbraucht, die übrige Hälfte liege noch ungedroschen in seinem Besitz. Ein Dienstmädchen des Angeklagten als Zeugin bekundete dagegen, daß das ganze Getreide auf einmal abgedroschen worden sei. Das Gericht sprach den Mann frei. Der Angeklagte habe wohl Getreide verheimlicht, aber nicht heimlich beiseite geschafft. Selbst der Verteidiger des Möllmann gab zu, daß wohl Fahrlässigkeit und der Versuch angenommen werden könne, aber das reiche zur Bestrafung nicht aus. Nach diesem Urteil werden Landwirte, die das Getreide auch in Mengen verheimlicht haben, frei ausgehen. — Uebrigens: der jetzt freigesprochene Möllmann wirkte bei der Bestandsaufnahme als Gutachter mit.

Nachahmenswerte Selbsthilfe. Einer von den Bauern, die bisher „keine Kartoffeln mehr" hatten, die aber gerade Geld brauchten, fuhr mit 50 Zentnern der jetzt so begehrten Ware nach Breslau und wurde im Handumdrehen auf der Straße einen Zentner nach dem anderen los — allerdings für 5 Mark; 1,25 Mark über dem für den Kleinhandel festgesetzten Höchstpreise. Mitten in das Geschäft kam der Ortsleiter des Bäckerverbandes, der den nächsten Polizeikommissar herbeizitierte. Dieser stieg dem Bäuerlein aufs Dach und zwang es, jedem noch anwesenden Käufer 1,25 Mk. pro Zentner zurückzugeben. Der noch vorhandene Rest von 6 Zentnern wurde auf der Stelle für 3,75 Mark verkauft. Betrübt über die neumodische Gesetzgebung zog der Bauer mit erleichtertem Beutel heimwärts nach Groß-Upschütz, allwo es gewiß noch mehr Kartoffeln hat.

Liebeszigarren aus Stroh. Der Oberschl. Anzeiger in Ratibor schreibt: Von mehreren Feldgrauen im Osten, darunter ein Ratiborer, erhalten wir folgende Zeilen:

„Von der Kompagnie sowohl, wie als Liebesgabe erhielten einige Kameraden mit Stroh befüllte Zigarren, von denen wir der Redaktion zwei Proben zusenden. Wir bitten die Redaktion, diesen gemeinen Betrug, den man an Feldsoldaten übt, in gebührender Weise zu veröffentlichen. Wir wollen uns in Zukunft möglichst bald an die Absender der Liebesgaben wenden, um den Namen des gemeinen Lumpen zu erfahren, der derartige Zigarren anfertigen läßt oder verkauft."

Dem Briefe lagen zwei „Zigarren" bei: In ein starkes Umblatt ist eine größere Anzahl starker fingerlanger Strohhalme gewickelt, sonst enthält die Einlage nicht ein Blättchen Tabak. Uns und gewiß auch unseren Lesern fehlen die Worte, um eine solche gemeine Tat gebührend zu kennzeichnen. — Es muß doch gelingen, den Fabrikanten dieser Zigarren ausfindig zu machen. Wenn die Abneigung unserer Feldgrauen gegen die Marke „Liebesgabe" im Zunehmen begriffen ist, dann ist das kein Wunder.

Schmiergelder und Betrug. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, teilt uns mit: Die überaus schädigende Wirkung der Schmiergelder, die häufig zu betrügerischen Handlungen führen, zeigen zwei kürzlich verhandelte Strafprozesse. Am 17. Februar verurteilte die Strafkammer Duisburg den Kaufmann Christian Wenzel, Inhaber der Firma Christian Wenzel u. Co. G. m. b. H., Holzhandlung, Duisburg-Meiderich, zu 1 Jahr Gefängnis. Die Firma lieferte seit Jahren Grubenholz an eine Gewerkschaft in Hamborn und betrog die Gewerkschaft mittels Bestechung von zwei Werkmeistern, denen die Kontrolle der Lieferung oblag, um mindestens 350 000 Mk. Die beiden Werkmeister erhielten je 8 Monate Gefängnis. — Am 11. Februar verhandelte die 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin gegen den Kaufmann Martin Salomon, Berlin, der als Beauftragter und Vertrauensmann eines Kriegswohltätigkeitsvereins eine Zeitschrift herausgab. Salomon übertrug den Druck der Firma Bruno Petzold Nachf., H. Kothe u. G. Schmidtke, Berlin, unter Ausbedingung eines Schmiergeldes in Höhe der Hälfte des Reingewinnes. Als Gegenleistung genehmigte Salomon die unter Ausbeutung der Sachlage um 100 bis 150 Prozent erhöhten Rechnungspreise der genannten Druckerei. Nach dem Zugeständnis des Schmidtke erhielt Salomon 332 000 Mk. Schmiergelder. Bisher ist nur gegen Salomon verhandelt worden, welcher zu 3 Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt wurde.

Liebestragödie auf den Schienen. Ein Liebesdrama hat sich auf den Eisenbahnschienen in der Nähe von Reinickendorf bei Berlin abgespielt. Ein Streckenarbeiter fand auf der Kremmener Bahn zwischen der Eichhornstraße und Wittenau auf Reinickendorfer Gebiet die zerstückelten Leichen eines Mannes und einer Frau auf den Schienen liegen. Dem Mann war der Schädel zermalmt und beide Beine und Arme waren ihm abgefahren. Auch die Frau, die in einer großen Blutlache neben dem Mann lag, war stark verstümmelt. Noch im Laufe des Tages gelang es der Reinickendorfer Polizei festzustellen, daß der tote Mann der Bankbeamte Otto Winter und seine Begleiterin eine Frau Jenny Göbel war. Beide lebten seit einiger Zeit in wilder Ehe. Sie hatten beide ihr Heim und ihre Kinder im Stich gelassen. Die Motive des Doppelselbstmordes sind bisher nicht bekannt.

Todessturz eines Meraner Arztes. Nach einer Meldung der Meraner Zeitung wurde der dortige Kurarzt Dr. Alexander Walter das Opfer eines Lawinenunglücks in Italienisch-Tirol. Das Blockhaus, in dem er sich befand, wurde von Schneemassen in die Tiefe gerissen, wobei Dr. Walter verunglückte. Die Leiche konnte bereits geborgen werden.

Starker Schneefall im Thüringer Walde. Aus Erfurt wird gemeldet: Auf dem Thüringer Walde herrscht seit Montag abend, im oberen Thüringen seit Mittwoch früh ununterbrochen starker Schneefall. Auf dem Gebirge liegt der Schnee 60 bis 70 Zentimeter hoch, davon 25 Zentimeter Neuschnee. Temperatur auf dem Thüringer Walde minus 3 Grad, in der Ebene 0 Grad.

Literarisches.

Volksgesundheit. Illustr. Monatsschrift des Verbandes Volksgesundheit, Kötzschenbroda i. Sa. Die soeben erschienene Nr. 8 hat folgenden Inhalt: Ein Bund für Arbeitersport und Körperpflege, von Max König. — Arbeiter-Hauspflegerinnen, von Schwester L. Ruhland. — Einfluß des Frühlings auf den Menschen. — Ursache der Frühlingserkrankungen. — Vom eitrigen After, von Dr. Oppeiner. — Frauenkrankheiten. (6 Abbildungen.) — Gesundheitsregeln für Schlafzimmer. — Rechtspflege. — Rundschau. — Literatur. — Feuilleton: Die Frau des Toten, von O. Wöhrle.

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung. Von Max Hesdörffer. Preis 60 Pf., 50 Stück 25 Mk., 100 Stück 45 Mark. Berlin SW 11, Verlag von Paul Parey. — Von dieser zeitgemäßen Schrift, die dazu berufen ist, als Führer bei der Gartenbearbeitung zu dienen, ist soeben das 13. bis 17. Tausend zur Ausgabe gelangt. Wer durch restlose Ausnutzung seines Gartens oder Packlandes sich nutzen will, der ziehe diese Schrift zu Rate, deren Verfasser mitten in der gärtnerischen Praxis steht und sich seit langen Jahren als Fachschriftsteller eines fest begründeten Rufes erfreut.

Hochwasser.

Freitag, 10. März: vormittags 4.50 nachmittags 5.05

Bekanntmachung.

Acker-Verpachtung

Die Stadt hat am Altenhoferweg **Grünland** an der Hand, das als Ackerland verpachtet werden soll. **Preis 4 Pfennig pro Quadratmeter.** Interessenten wollen sich bis zum **13. d. Mts.** schriftlich oder mündlich auf dem Rathause, Zedeliusstraße, Zimmer Nr. 2, melden. [7444

Rüstringen, 8. März 1916.

Stadtmagistrat.
Dr. Lueken.

Bekanntmachung.

Betrifft **Schneebeseitigung durch die Straßenanlieger.**

Bei Schneefall darf der Schnee nicht auf die Fahrbahn geworfen werden, weil er dort den Fuhrwerksverkehr hindert, sondern er ist in schmalen Streifen mit einigen Durchlässen auf dem Bürgersteige am Bordstein liegen zu lassen. Die Straßenrinnen sind freizuhalten.

Rüstringen, 25. November 1916.

Stadtmagistrat.
5317] Dr. Lueken.

Möbel billig.

Stuben, Schlaf- u. Kücheneinrichtungen, einzelne Kleiderschränke, Küchenschränke, Spiegelschränke, Schreibtische, Vertikows, Sofas, Tische, Stühle, Bettstellen m. Matr., neue u. gebr., empfiehlt 5853
Gerh. Janßen, Wilhelmshaven, Querstr. 12, Ecke Kieler Straße.

Bekanntmachung.

Die Verteilung der Butter

erfolgt fortan **jeden Donnerstag Morgen** von 8 Uhr an bei Frau Detjen-Heidmühle. Es gelangt jede Woche der vierte Teil der auf die Butterkarten zu erhaltende Teil zur Ausgabe. Für die hier ausgestellten Butterkarten kann die Butter während der vier Wochen daselbst abgeholt werden und wird auf jede Butterkarte während der Zeit Butter verabfolgt. [7401

Schortens, 6. März 1916.
G. Gerdes, G.-V.

W. C. W.

Verkaufe am Freitag und Sonnabend **frische**

Seemuscheln

am Schlachthof, Ulmenstraße und Altendeichsweg Nr. 28. [7441

J. Wübbenhorst.

Gelegenheitskauf!

Rote Plüsch-Garnitur (Sofa, 2 Sessel, 4 Stühle und Sofatisch) für 150 Mk. zu verkaufen. [7427
Wilh. Koch, Wilhelmsh. Str. 80.

Zweirädr. Handwagen

stundenweise **zu vermieten.**
Arnold Brunß, Marienstr. 2 r.

Versteigerung.

Am Sonnabend, d. 11. d. M.,
nachmittags 2½ Uhr, pünktlich beginnend,

gelangen wegen Fortzuges im **Rüstringer Hof,** Ulmenstraße, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist zur Versteigerung:

2 Bettstellen mit vollständ. Betten, 1 Kleiderschrank mit Spiegel, 1 kl. Waschtoilette, 3 Bettstellen mit Matratzen, 2 Keilkissen, 1 eiserne Bettstelle mit Matratze, 6 Stühle, 2 kl. Tische, 1 Ausziehtisch, 1 eintür. Kleiderschrank, 2 kompl. Waschständer, 1 Vertikow, 1 Sofa, 1 Bauerntisch, 2 kl. Spiegel, 1 Teppich, 1 zweitüriger Kleiderschrank mit Spiegelscheibe (helleiche), 1 Waschtisch mit hoh. Marmorplatte (helleiche), 2 Nachttische und 2 Stühle (helleiche), 1 grünes Plüschsofa, 1 Sofatisch, 2 Säulen, 4 Stühle, 1 grüner Teppich und Vorleger, 1 Küchenbüfett, 1 Küchenschrank, 1 Schlafsofa, 1 eiserne Bettstelle, 3 Waschmaschinen, verschied. Töpfe, Pfannen, Kohlenkasten, Porzellan;

ferner:

mehr. Wanduhren, einige Thermometer, Eierbecher, 1 Ständer mit 12 Obstmessern, 1 Tafelaufsatz und viele sonstige, hier nicht benannte Gegenstände.

Meistgebote bis zum Betrage von 5 Mark sind gleich zu entrichten. Sämtliche Sachen sind sehr gut erhalten. [7426

H. Reents,
Rechnungssteller, Rüstringen, Bülowstr. 9. Fernsprecher 632.

Wohnhaus

mit gutgehendem Kolonialwaren-Geschäft unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt **Ph. Schulz,** Rüstringen
7429] Peterstraße 76.

Talg, Knochenfett und andere Fette
zu kaufen gesucht.
Bemustertes äußerstes Angebot an
Deutsche Calypsol-Transmissions-Werke, G.m.b.H.
Düsseldorf. [7282

1 od. 2 möbl. Zimmer

mit Kochgelegenheit von verheir. Deckoffizier auf sofort oder später gesucht. Offerten erbeten
7430] Bismarckstr. 113 pt. l.

Eine Ladung

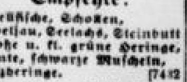
Zechen-Koks!

kommt Freitag von 2 bis 7 Uhr nachmittags zum Verkauf. [7438

Zentn. 1.35 Mk.

Gutscheine ab heute im Arbeiteramt.

Werft-Wohlfahrtsverein



Empfehle:

Schellfische, Schollen, Kabeljau, Seelachs, Steinbutt, Große u. kl. grüne Heringe, Stinte, schwarze Muscheln, Salzheringe. [7432

J. Heins, Fischhandl.
Bismarckstraße. Marktstraße. Wilhelmsh. Str. Tel. 455.

Ein Arbeiter gesucht.

A. Richter, Rüstringen,
7422 Friederikenstraße 15.

Malerlehrling gesucht.

Paul Gathemann, Rüstringen, Bismarckstraße 135. [7434

Junger Laufbursche

auf sofort gesucht. 7442
Eimler, Ulmenstraße 40.

Reinmachefrau

(für Kontor) auf sofort gesucht.
7428] **Ludwig Lange,** Deichstr. 8

Gesucht auf sofort

ein jüngeres Mädchen für den ganzen Tag. [7440
Speisehalle, Bismarckstr. 42.

Lehrmädchen

für Schuhwaren sofort gesucht. [7436
Bismarckstr. 61.

Gesucht

zum 15. März oder später ein **Mädchen** für den Nachmittag.
Bergenthal, Kopperhörner Str. 8a.

Suche einige jg. Mädchen

zum Erlernen der **Damenschneiderei.** [7421
E. Strobel, Siebethsburg, Störtebeckerstr. 1.

Landesbibliothek Oldenburg